

Geschäftsbericht 2011



Inhalt

I Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III Finanzieller Überblick	21
1. Ratsstatistik und Allgemeines	4	1. Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2. Besondere Parlamentsrechte	5	1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2011	23
3. Ratsleitung	5	1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2010 und Rechnung 2011	24
II Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.3 Finanzkennzahlen 2007 – 2011	26
1. Allgemeines	8	1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
2. Regierungsgeschäfte	8	1.5 Globalbudgets	36
3. Anlässe/Aussprachen	13	1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen	37
4. Information der Öffentlichkeit	14	2. Rahmenbedingungen	38
5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz	15	3. Die grössten Aufwandpositionen	40
6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	16	3.1 Besoldungskosten	40
7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	18	3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen	44
8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen	18	3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst	45
9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	18	3.4 Abschreibungen	46
10. Politische Rechte	18	3.5 Strassenbaufonds	48
		3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen	49
		3.7 Soziale Sicherheit	49
		4. Die grössten Ertragspositionen	52
		4.1 Bundesanteile	52
		4.2 Staatssteuerertrag	53
		4.3 Nebensteuern	55
		IV Bericht der Revisionsstelle	57

Editorial



Die Finanzkrise auf den Weltmärkten hat ihre ersten Auswirkungen gezeigt. Trotzdem: Der Kanton Solothurn schliesst auch das Jahr 2011 mit schwarzen Zahlen ab. Das war nicht von vornherein zu erwarten. Es zeugt nicht nur von einer soliden Einnahmensituation, sondern auch davon, dass ein haushälterischer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln tief in den Köpfen derjenigen verhaftet ist, die mit der Aufgabenerfüllung betraut sind, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Der Dank gilt auch den Unternehmungen im Kanton, die mit ihrer Treue zum Standort Kanton Solothurn mitverantwortlich sind, dass wir unsere Aufgaben erfüllen können. In einer Zeit, wo viele den Blick auf den persönlichen Vorteil geschärft haben und auf kurzfristige Gewinnoptimierung aus sind, ist dies keine Selbstverständlichkeit. Die Unternehmungen wissen aber auch: Aus dem Kanton wegziehen ist ein grosses Risiko. Man gibt das auf, was man kennt. Mit anderen Worten: Man tauscht die Planbarkeit gegen Ungewissheit aus. Wir wollen das unsere dafür tun, dass wir weiterhin gute Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit bieten können.

Ebenso muss es unser Ziel sein, weiterhin an den gewichtigen Standortfaktoren zu arbeiten. Dabei ist kurzfristiges Denken ebenso schädlich, wie es der einseitige Fokus auf die momentane finanzielle Situation sein kann. Finanzen sind nicht Selbstzweck. Sie müssen dazu dienen, die staatlichen Aufgaben auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung erfüllen zu können. Auch der Kanton darf nicht stehen bleiben. Er muss sich ständig verbessern. Investitionen in Infrastruktur und Bildung gehören ebenso dazu wie das Schaffen von ausgleichender sozialer Gerechtigkeit. Nichts ist schädlicher, als Gesellschaftsverliererinnen und -verlierer zu produzieren, die sich in einer Protesthaltung von uns verabschieden.

«Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not». Diesem Gedanken hat die Regierung in den vergangenen guten Jahren nachgelebt und ein ansehnliches Eigenkapital zurückgelegt. Dieses brauchen wir in den nächsten Jahren, um weiterhin als verlässlicher Partner für die Menschen in unserem Kanton da zu sein und wichtige Reformen auch in schwierigeren Zeiten durchführen zu können. Das Wohl des Kantons wird sich daran messen. Ich bin überzeugt, dass sich die solothurnische Politik kurzfristigem Denken nicht beugen wird. Nicht die ideologische Makellosigkeit der Verpackung wird ins Zentrum rücken, sondern nach wie vor entscheidend wird sein, was drin steckt: Zukunftsträchtiges, Unaufgeregtes und Verlässliches.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gomm'.

Peter Gomm
Landammann





Bericht des Kantonsrates
über seine Geschäftsführung

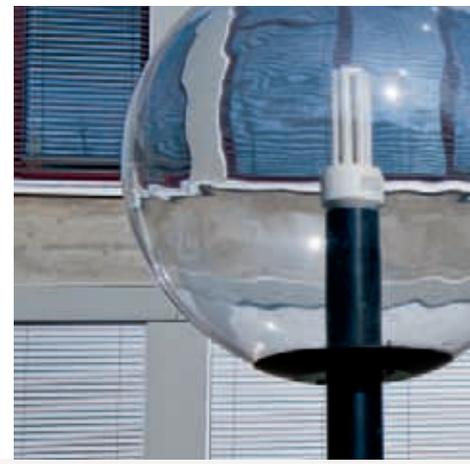
Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Claude Belart, FDP. Die Liberalen, dipl. Architekt HTL/STV, Rickenbach, präsiert.

Ratsstatistik	2009	2010	2011
- KR-Sessionen	7	7	7
- Anzahl Sitzungshalbtage	15	19	16
Behandelte KR-Geschäfte	214	209	199
- Sachgeschäfte	60	43	48
- Rechtsetzende Erlasse	8	19	12
- Wahlgeschäfte	51	14	23
- Verordnungsvetos	1	7	4
- Volksinitiativen	2	4	2
- Volksaufträge	1	1	3
- Aufträge	36	50	45
- Interpellationen	31	41	48
- Kleine Anfragen	17	14	14
Neu eingereichte Vorstösse	93	109	122
- Volksaufträge	2	1	2
- Aufträge	42	46	58
- Interpellationen	31	46	49
- Kleine Anfragen	18	16	13
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	56	58	61
- Ratsleitung	8	9	9
- Finanzkommission	11	12	10
- Geschäftsprüfungskommission	4	5	6
- Justizkommission	14	10	11
- Bildungs- und Kulturkommission	5	6	7
- Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	6	6	9
- Sozial- und Gesundheitskommission	6	9	8
- Redaktionskommission ¹	1	1	1
- Spezialkommission Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	-	-	-
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen; interkantonale Gremien etc.)	202	241	236

Im Berichtsjahr waren folgende sechs Mutationen zu verzeichnen: Am 25. Januar Ruedi Heutschi, SP, Hägendorf, (anstelle von Andreas Ruf) und Daniel Urech, Grüne, Dornach, (anstelle von Thomas Woodtli); am 10. Mai Fabio Jeger, CVP, Dornach, (anstelle von Hans Ruedi Hänggi); am 6. Dezember Edgar Kupper, CVP, Laupersdorf, (anstelle des in den Nationalrat gewählten Stefan Müller) und Roger Spichiger, SP, Derendingen, (anstelle des in den Nationalrat gewählten Philipp Hadorn); am 14. Dezember Michael Ochsenbein, CVP, Luterbach, (anstelle des in den Nationalrat gewählten Urs Schläfli).



2. Besondere Parlamentsrechte

- Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 22 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen drei wurde das Veto ergriffen, wobei gegen eine Verordnungsänderung zwei Vetos mit unterschiedlicher Begründung ergriffen wurden, so dass insgesamt vier Vetos eingereicht wurden. Zwei Vetos wurden vom Kantonsrat abgelehnt, die anderen zwei betrafen beide die gleiche Verordnung und führten dazu, dass der Regierungsrat seine Verordnung wieder aufhob und in geänderter Fassung neu beschloss. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden drei Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen keine wurde das Veto ergriffen.

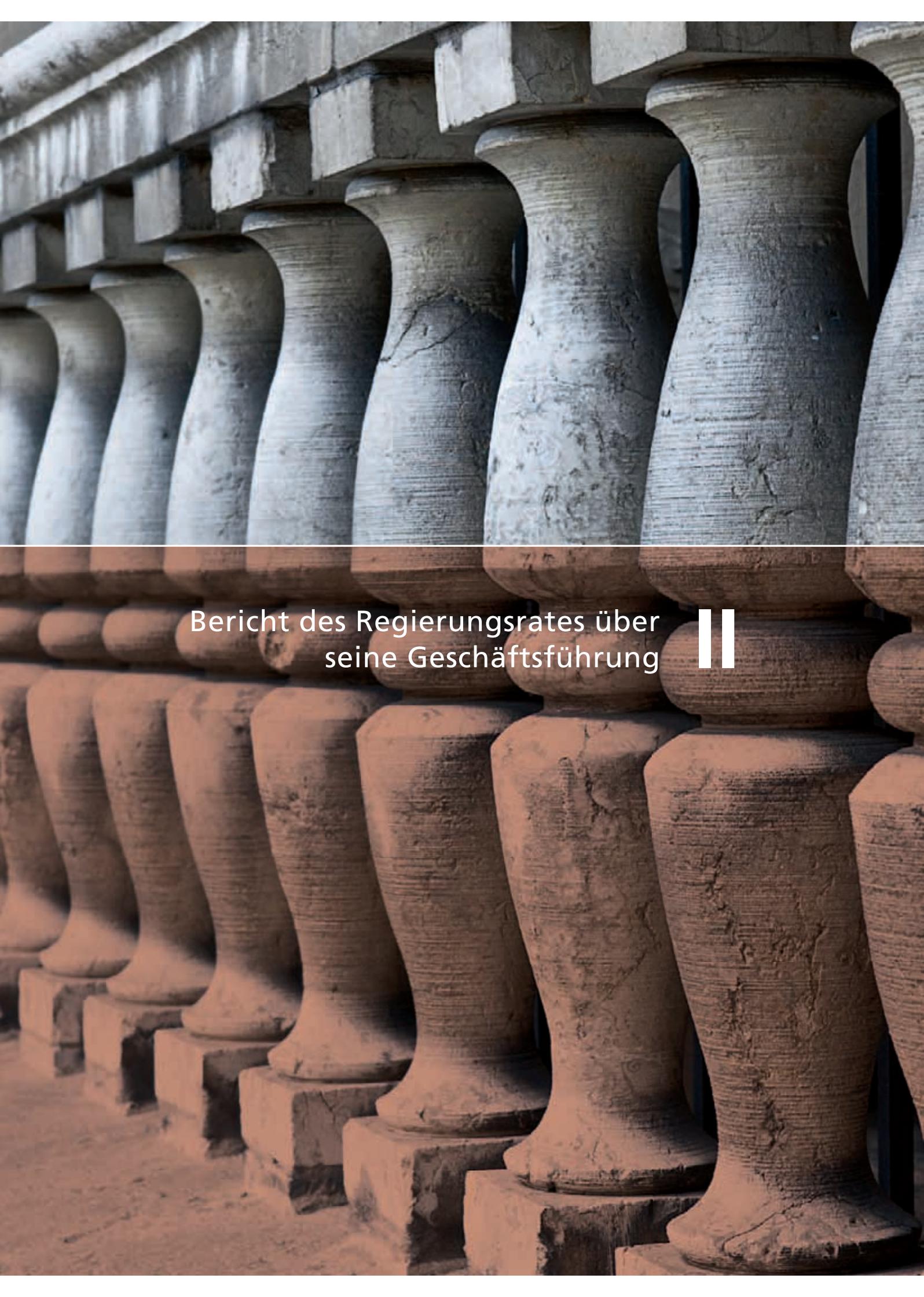
- Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 71 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Unter anderem nahm sie Stellung zu einem Entwurf zu einer Geschäftsordnung für eine noch zu schaffende Interkantonale Legislativkonferenz (ILK). Ausserdem befasste sich die Ratsleitung in verschiedenen Sitzungen mit Fragen rund um den Umbau und die Sanierung des Kantonsratssaals. Im Berichtsjahr empfing die Ratsleitung das Büro des Grossen Rats des Kantons Bern zu einem Besuch und besuchte ihrerseits den Grossen Rat des Kantons Aargau.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2011 von Landammann Christian Wanner geleitet. 2011 wurden an 43 Sitzungen 2709 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Wie auf nationaler Ebene beeinflussten auch im Kanton Solothurn globale Ereignisse die politische Agenda massgeblich, namentlich im Bereich des wirtschaftlichen Umfeldes sowie in der Energiepolitik. Zwar führten die Turbulenzen an den Finanzmärkten, verbunden mit der schwierigen Wechselkursituation des Schweizer Frankens, insbesondere bei den exportorientierten Unternehmen der Zulieferbranche zu starken Ertragseinbussen, doch darf das wirtschaftliche Umfeld insgesamt als weiterhin gut bezeichnet werden. Nicht zuletzt deshalb konnten die bezüglich Beschäftigungslage negativen Auswirkungen der bedauerlichen Schliessung der Sappi AG (ehemals Papierfabrik Biberist) in Grenzen gehalten werden. Zu einer eigentlichen Zäsur in der Energiepolitik hingegen führten die katastrophalen Unfälle in den Nuklearanlagen im japanischen Fukushima. Der Entscheid des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke zu sistieren, wirkte sich unmittelbar auf den Kanton Solothurn, d.h. auf das konkrete Projekt «Kernkraftwerk Niederamt» aus.

2011 legte der Regierungsrat folgende Gesetzgebungsprojekte dem Kantonsrat zur Beratung vor:

- Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal im Zusammenhang mit der Genehmigung von Demissionen
- Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EAuV)
- Änderungen des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches und weiterer Erlasse (im Zusammenhang mit der Teilrevision des Immobiliarsachen- und Grundbuchsrechts des Schweizerischen Zivilgesetzbuches)
- Änderung des Spitalgesetzes
- Einführungsgesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht (EG Stiftungsaufsicht)
- Zusammenführung Höhere Fachschule für Technik: Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung
- Änderung von Gesundheitserlassen
- Änderung des Sozialgesetzes; Vollzug der revidierten Artikel 64a und 65 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung
- Änderung des Sozialgesetzes; Pflegefinanzierung
- Änderung des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (Mitteilungen der Strafbehörden)
- Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen; 1. Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen; 2. Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei; 3. Änderung des Gebührentarifs
- Revision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches; neues Erwachsenenschutz-, Personen- und Kindesrecht
- Änderung der Volksschulgesetzgebung (Kindergarten als Teil der Volksschule); 1. Änderung des Volksschulgesetzes (VSG), 2. Änderung des Lehrerbessoldungsgesetzes (LBG)
- Änderung des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken (Wirtschaftsgesetz)



Erneut konnte der Kanton Solothurn für das Jahr 2010 einen guten Rechnungsabschluss präsentieren. Mit einem operativen Ertragsüberschuss von knapp 80 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 151 Prozent darf die finanzielle Lage des Kantons als gesund bezeichnet werden. Das erfreuliche Ergebnis kam einerseits dank einer besseren Wirtschaftslage als zum Zeitpunkt der Budgetierung erwartet und damit durch bessere Steuereinnahmen zustande, andererseits aber auch durch eine gute Kostendisziplin. Dank des guten Abschlusses verwandelte sich die bisherige Nettoverschuldung in ein Nettovermögen von 42,7 Mio. Franken oder 166 Franken pro Einwohner per Ende 2010. Die Bemühungen der vergangenen Jahre, den Staatshaushalt umsichtig und konsolidierungsorientiert zu führen, wurde durch die Bestätigung des sehr guten Standard&Poor's-Kreditratings von «AA1 / Aussicht stabil» denn auch honoriert. Nichtsdestotrotz ist ab 2012 unverändert mit einer negativen Trendwende zu rechnen. Erhöhte Ausgaben im Gesundheitsbereich, im Sozialversicherungsbereich, im Bildungsbereich und im öffentlichen Verkehr sowie Mindereinnahmen (reduzierte Gewinnausschüttung der Nationalbank, Steuergesetzrevision) lassen ein strukturelles Defizit erwarten.

Dem Grundsatzbeschluss folgend, sich an der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) zu beteiligen, arbeitete der Regierungsrat für Periode 2012 bis 2015 als Ergebnis eines partizipativen Erarbeitungsprozesses zwischen dem Kanton und seinen Regionen ein entsprechendes Umsetzungsprogramm zuhanden des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) aus. Als Ergebnis von regionalen und kantonalen Stärken-Schwächen-Analysen und aus der Diskussion mit den Vertretern der Regionen und Interessengruppen haben sich vier Handlungsfelder ergeben, welche konkret mit Hilfe der NRP von 2012 bis 2015 bearbeitet werden sollen: «Excellence in zukunftsfähigen Branchen», «Dynamik und Innovation im Umfeld von Bildungsinstitutionen, Gründerzentren und etablierter Unternehmen», «Weiterentwicklung in Tourismus und Gewerbe durch regional verankerte, kompetitive Wertschöpfungsketten» und «Regionale Entwicklungsstrategien». Mit der Durchführung von Projekten in diesen Handlungsfeldern will der Regierungsrat Impulse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit setzen und erwartet, dass sich die Umsetzung der NRP positiv auf Beschäftigung, Unternehmensgründungen und Einkommen im Kanton Solothurn auswirkt. Für die Umsetzung der NRP im Zeitraum 2012 bis 2015 sind à fonds perdu Beiträge von insgesamt 2.8 Mio. Franken sowie Darlehen von insgesamt 3 Mio. Franken vorgesehen. Davon stellen je die Hälfte der Bund und der Kanton zur Verfügung. Zusätzlich soll mindestens ein Drittel der Kosten über Drittmittel gedeckt werden.

Die Kaufmännische Berufsfachschule Solothurn (KBS), als Teil des Berufsbildungszentrums BBZ Solothurn-Grenchen, ist seit 1972 in der gemieteten Liegenschaft Rosengarten untergebracht. Da diese Räumlichkeiten den steigenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden können und das Gebäude auch technisch und sicherheitsmässig nicht mehr den geltenden Vorschriften entspricht, wurde eine Verbesserung dringend notwendig. Dabei zeigte sich, dass ein ergänzender Neubau auf dem Areal des BBZ Solothurn nicht nur die wirtschaftlichste Lösung darstellt, sondern auch den Anforderungen moderner Berufsbildung am besten gerecht wird. Nach einem offenen Projektwettbewerb erwies sich das Projekt «vestibule» der Stirnemann Architekten, Baden, als bezüglich Gestaltung, Nutzen und Kosten am besten geeignet. Die Kosten der Realisierung dieser notwendigen Erweiterung des BBZ Solothurn betragen 29,8 Mio. Franken. Nach Abzug der Beiträge von Bund und Standortgemeinde Solothurn resultieren für den Kanton Nettoinvestitionen von rund 21,5 Mio. Franken. Nachdem der Kantonsrat dem Vorhaben zugestimmt hat, wird die Volksabstimmung im Frühjahr 2012 stattfinden.

Mit dem Beginn des Schuljahres 2011/2012 hat der Kanton Solothurn mit dem Französischunterricht ab der 3. Klasse der Primarschule begonnen. Sechs Kantone (BL, BS, BE, FR, SO, VS) hatten vor Jahren entschieden, ihre Funktion als Brückenkantone zwischen der deutschen und welschen Schweiz wahrzunehmen und die Nachbarsprache Französisch aus staatspolitischen Gründen als erste Fremdsprache in der Schule beizubehalten. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Projektes Passepartout, das nicht nur einen neuen gemeinsamen Fremdsprachenlehrplan und ein gemeinsames Lehrmittel gebracht hat, sondern auch eine gemeinsame Weiterbildung der Lehrpersonen beinhaltet. Die Einführung der Frühfremdsprachen macht eine Anpassung der Lektionenpläne erforderlich, die Schülerinnen und Schüler haben drei Wochenlektionen mehr Unterricht.

Mit der Herausgabe des Bandes 4.2 der «Geschichte des Kantons Solothurn von 1831 bis 1914» wurde die systematische Erschliessung der Vergangenheit mit einem wichtigen Werk fortgesetzt. Der im Auftrag des Regierungsrates durch ein Autorenteam erstellte Band behandelt in vier Hauptteilen «Landschaft und Bevölkerung», «Wirtschaft und Verkehr», «Gesellschaft» und «Kultur» den für den Kanton überaus prägenden Zeitabschnitt. In diese von Reformfreudigkeit, Risikobereitschaft und politischen Auseinandersetzungen bestimmte Epoche fällt der späte Wandel Solothurns vom Agrarkanton zu einem der führenden Industriekantone.

Mit einem grossen Fest und einem vielseitigen Veranstaltungsprogramm durch das ganze Jahr hindurch feierte das Schloss Waldegg sein 20jähriges Jubiläum als Museum und öffentliche Kultureinrichtung. 1991 wurde das wieder instand gestellte Schloss durch den Kanton Solothurn der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Herbst 2011 erfolgte der Spatenstich für den Bau der neuen Justiz-Vollzugs-Anstalt «Im Schache» in Deitingen. Nach der Fertigstellung des Baus im Jahre 2014 kommt es im Solothurnischen Straf- und Massnahmenvollzug zu einer Neuausrichtung. In Zukunft wird die Justizvollzugsanstalt (JVA) eine Institution für den geschlossenen Massnahmen- und Strafvollzug sein. Die Anstalt wird über 60 Plätze für den geschlossenen Massnahmenvollzug und 36 Plätze für den geschlossenen Strafvollzug verfügen. Die offene Strafanstalt Schöngrün wird nach der Eröffnung der neuen Anstalt geschlossen, der offene Strafvollzug wird künftig in anderen Anstalten des Konkordates vollzogen werden. Diese Konzeptanpassung trägt den Entwicklungen und Tendenzen im nationalen Strafvollzug Rechnung. Auf dem Areal der bisher geführten Strafanstalt Schöngrün soll ein Wohnpark mit ca. 130 Wohneinheiten in einer hufeisenförmigen Überbauung entstehen. Zu diesem Ergebnis kam eine Testplanung mit vier Architekturbüros für die Erarbeitung eines städtebaulichen und architektonischen Konzeptes für das in Biberist frei werdende Areal.

Seit 2008 werden in den Kanton Solothurn eingereiste Migranten zu verpflichtenden Integrationsvereinbarungen eingeladen. Ende September wurde durch einen mongolischen Staatsangehörigen die tausendste Vereinbarung unterzeichnet. Der Kanton Solothurn beteiligte sich 2008/2009 am Pilotprojekt «Integrationsvereinbarungen» der Kantone AG, BL, BS, SO und ZH. Seit 2011 werden nun alle neuzugezogenen Ausländer aus Drittstaaten, welche im Familiennachzug in den Kanton einreisen, zu einer Integrationsvereinbarung verpflichtet. In diesem Dokument werden bestehende Integrationsdefizite eruiert und entsprechende Massnahmen vereinbart.



Bei Nichteinhaltung der Vereinbarung wird der zuständigen Migrationsbehörde im schlimmsten Fall die Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung empfohlen. Bezüglich Unterzeichnung von verpflichtenden Integrationsvereinbarungen nimmt Solothurn schweizweit eine Spitzenposition ein; die Erfahrungen sind dabei sehr positiv, steigt doch die Anzahl der Teilnehmer an Deutsch-Integrationskursen kontinuierlich und signifikant an.

Mit der Neuordnung der Pflegfinanzierung nach Krankenversicherungsgesetz (KVG) wurden die Beitragsleistungen der Krankenversicherer für die Pflegeleistungen einheitlich für die ganze Schweiz nach einem fixen Betrag pro Zeiteinheit festgelegt; die Kantone regeln die Restfinanzierung. Aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses legte der Regierungsrat dem Parlament eine Neuregelung vor, mit der auch im Kanton Solothurn die öffentliche Hand direkter Kostenträger für die Pflegekosten von Personen in Betreuungs- und Pflegeheimen wird. Damit wird die Kostenbeteiligung der Heimbewohner auch bei höheren Pflegestufen auf ein erträgliches Mass reduziert und der Vermögensverzehr etwas gemildert.

Am 29. November 2011 hat der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates Botschaft und Entwurf für den Neubau des Bürgerspitals beschlossen. Eine nochmalige Überprüfung des Siegerprojektes konnte mit dem Ergebnis abgeschlossen werden, dass zusätzliche Anpassungen im Raumprogramm, Behandlungskonzept und bei der architektonischen Umsetzung zu gesamthaft 26,5 Mio. Franken Einsparungen bei den Investitionskosten führen werden, womit diese sich nach heutigem Stand gesamthaft auf 340 Mio. Franken belaufen werden. Für den Regierungsrat ist das Bürgerspital Solothurn auch für die kommenden Jahrzehnte unverzichtbarer Teil der Spitalversorgung des Kantons Solothurn. Nur mit einem neuen modernen Bürgerspital kann der Spitalbetrieb optimiert, die Arbeitssituation verbessert und die Unterhaltskosten gesenkt werden. Nicht zuletzt auch aus volkswirtschaftlichen Gründen drängt sich ein Neubau auf. Die Vorlage wird nach der Behandlung durch den Kantonsrat im Frühjahr 2012 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

Im Nachgang zur Umweltkatastrophe in Fukushima im März 2011 beschloss der Regierungsrat, sein aktuelles Energiekonzept aus dem Jahre 2003 durch eine Arbeitsgruppe überarbeiten zu lassen. Damit soll geklärt werden, welche Folgen die Atomausstiegsbeschlüsse des Bundes auf den Kanton Solothurn haben werden und wie diese in eine künftige Energiepolitik integriert werden können. Als wichtige Grundlage sollen die Energiepotentiale im Kanton Solothurn bezüglich Nutzung und Einsparung ermittelt und abgeklärt werden. Bereits im Sommer konnten dem Regierungsrat anlässlich einer ganztägigen Klausur erste Resultate unterbreitet werden. Der Regierungsrat unterstützt die Strategie des Bundesrates, die Stromversorgung der Schweiz ohne Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke sicherzustellen. Ein gesetzliches Verbot der nuklearen Technologie auch für die ferne Zukunft wird hingegen vor dem Hintergrund möglicher technologischer Fortschritte abgelehnt, weshalb in der Verfassung auch keine entsprechende Verbotsnorm aufgenommen werden soll.

Nachdem der Kanton Solothurn bereits im Vorjahr ein grösseres Stück des Industrieareals der ehemaligen Cellulosefabrik Attisholz erwarb, wurden im Jahre 2011 gleichenorts zwei weitere Industriegrundstücke gekauft. Mit dem Erwerb der beiden Grundstücke verfügt der Kanton Solothurn nun über ein 35 Hektaren grosses, zusammenhängendes Industriegrundstück an bester verkehrstechnischer Lage, in unmittelbarer Nähe zur A1/A2, mit einem eigenen Bahnanschluss.

Als Grundeigentümer hat er direkten Einfluss auf die Entwicklung dieser Industriegrundstücke von nationaler Bedeutung und ist damit, im Sinne aktiver Wirtschaftsförderung, bestens auf künftige Entwicklungen und Neuansiedlungen von Firmen vorbereitet. Nach Abschluss einer ersten Phase der eingeleiteten Testplanung zeigte sich bereits eine Vielfalt von Lösungsansätzen für das Areal Nord mit der stillgelegten Zellstofffabrik als Kern und für das Areal südlich der Aare mit mehrheitlich unüberbautem Industrieland. Die Zwischenergebnisse wurden in der Folge konkretisiert und sollen im kommenden Jahr den beteiligten Parteien (Landeigentümer, Kanton, Gemeinden) als wichtige planerische Grundlagen zur Verfügung stehen.

Die anhaltende Trockenheit zwang im Frühjahr den Kanton zu einschneidenden Massnahmen. Die Wasserentnahmen für die Landwirtschaft aus den Solothurner Bächen und Flüssen wurde auf ein Minimum beschränkt, die Bevölkerung zu sparsamem Umgang mit Wasser aufgerufen. Eine akut angestiegene Waldbrandgefahr und erste kleinere Waldbrände führten zu einem länger andauernden Feuerverbot im Freien. Nach einsetzenden Niederschlägen Anfangs Juni konnte Entwarnung gegeben werden.

Für die National- und Ständeratswahlen vom 23. Oktober 2011 konnte die Staatskanzlei einen Rekord an Listen und Kandidaten vermelden. Auf 22 (2007: 13) Listen bewarben sich 141 (81) Personen um die sieben Nationalratssitze, fünf Kandidaturen lagen für die zwei Ständeratssitze vor. Die hohe Anzahl von Kandidierenden führte zu aufwändigen Vorbereitungsarbeiten, sowohl für die Gemeinden, als auch für die beteiligten Parteien. Gewählt in den Nationalrat wurden Roland Borer (SVP), Kurt Fluri (FDP), Philipp Hadorn (SP), Bea Heim (SP), Stefan Müller (CVP), Urs Schläfli (CVP) und Walter Wobmann (SVP). Nach zwei Wahlgängen wurden als Mitglieder des Ständerates Roberto Zanetti (SP) und Primin Bischof (CVP) bestätigt, resp. neu gewählt.



3. Anlässe /Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Hauensteinfenthal, Trimbach, Wisen, Bättwil, Hofstetten-Flüh, Metzleren-Mariastein, Rodersdorf, Witterswil, Bärschwil, Beinwil, Breitenbach, Büsserach, Erschwil, Grindel, Kleinlützel, Egerkingen, Härkingen, Kestenholz, Neuendorf, Niederbuchsiten, Oberbuchsiten, Oensingen und Wolfwil.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden sowie dem Verband Bürgergemeinden und Waldeigentümer statt.

Der Regierungsrat empfing den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatsschreiber. Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO).

2011 wurden 26 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidg. Parlamentarier und der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise sowie den Sozialpreis.

Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentenfeier, an der Bischofweihe, an der Domherreninstallation und an der offiziellen Verabschiedung von Kardinal Kurt Koch teil.

Der Regierungsrat empfing die Regierungen der Kantone Nidwalden und St.Gallen und besuchte die Regierungen der Kantone Fribourg und Schaffhausen.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich 1x getroffen und es fanden 4 Arbeitsausschuss-Sitzungen statt.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2010	2011
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	43	43
Anzahl Medienmitteilungen	348	311
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	43	39
Anzahl akkreditierte Medien	71	61

Durchschnittlich wurden 2011 täglich 10–15 Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung in Kontakt gebracht.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung blieb im Vergleich mit dem Vorjahr praktisch unverändert.

Für das Personalamt war der Medienbeauftragte – im Rahmen der internen Ausbildung – wiederum während mehrerer Tage als Medientrainer im Einsatz. Er beteiligte sich auch als Referent am mehrtägigen Ausbildungszyklus «Krisenkommunikation für Schulleiter» der Kantonspolizei. Hinzu kamen noch Individuelle Ausbildungskurse für Ämter und Personen.

Einen Schwerpunkt bildeten die nationalen Wahlen. Wegen der engen Platzverhältnisse im Rathaus und der zunehmenden Zahl an Fernseh- und Radiostationen die «vor Ort» über die Wahlen berichten wollten, musste im Konzertsaal in Solothurn eine umfangreiche und technisch anspruchsvolle Infrastruktur aufgebaut werden.

Mit der Nutzung der «Social Medias» wurde die Palette der Kommunikationsplattformen erweitert. Damit ist der Kanton Solothurn auch im Facebook vertreten.

Vereinzelte war der Medienbeauftragte auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig. (Serviceclubs, usw.)

Der Medienbeauftragte nahm auch Einsitz im Organisationskomitee des Kantons zur Teilnahme am Marché Concours in Saignelégier im 2012 und an der OLMA im 2013. Er wird die ganze Medienarbeit betreuen.

Das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund sieben Arbeitstage. (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Der Arbeitsausschuss der NWRK trat zu vier Sitzungen zusammen. An der Plenarkonferenz vom 10. Juni 2010 verabschiedeten die in der NWRK zusammengeschlossenen Regierungen der Nordwestschweiz eine gemeinsame Stellungnahme zuhanden des Bundes zum Raumkonzept Schweiz. Ferner wurde eine eingehende Diskussion über die Ausrichtung und Organisation der Zusammenarbeitsgremien im Raum Basel und den damit verbundenen Auswirkungen auf die NWRK geführt. Schliesslich wurde beschlossen, dass die «Metropolitankonferenz Basel» als Projekt der NWRK umgesetzt werden soll, womit die Entscheidungshoheit der Kantone bewahrt wird. Gleichzeitig wurde betont, dass die vorhandenen Organisationsstrukturen reduziert und vereinfacht werden müssen. Eine Anpassung der Vereinbarung über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz soll bis zur Plenarversammlung 2012 vorbereitet werden. Nicht zuletzt als Folge der Evaluation der NWRK-Tätigkeit stellte der Kanton Bern den Antrag, seinen Status zum assoziierten Mitglied zu wechseln, was mit Verständnis, aber gleichzeitig auch mit Bedauern zu Kenntnis genommen wurde. Schliesslich wurde als Nachfolger für die ihre Amtszeit beendende Regierungsrätin Sabine Pegoraro (BL) Regierungsrat Roland Brogli (AG) zum Präsidenten der NWRK gewählt.

6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (ch Stiftung) mit Sitz in Solothurn ist eine privatrechtliche Stiftung und wurde 1967 gegründet. Träger sind alle 26 Kantone der Schweiz, welche im Stiftungsrat mit je einem Mitglied aus ihren Kantonsregierungen vertreten sind. Der Vorsteher des Finanzdepartementes, Regierungsrat Christian Wanner, präsidiert seit dem Jahr 1998 die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung hielt im Jahre 2011 zwei Sitzung ab, an welcher unter anderem die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 4. Januar 2012 vorbereitet wurde.

Die ch Stiftung fördert den Brückenschlag zwischen den Sprachgemeinschaften, den Erhalt der Sprachvielfalt und der Kulturen sowie den föderalistischen Staatsgedanken. Die ch Stiftung setzt sich seit 1976 für den binnenstaatlichen und aussereuropäischen Austausch ein und baut ihr Engagement in diesem Bereich laufend aus. Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Austausch und Mobilität hat im Jahr 2011 seine Promotionstätigkeit zur Umsetzung sowohl der europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme als auch des binnenstaatlichen Austausches von Lernenden und Lehrpersonen ausgeweitet. Das Kompetenzzentrum besteht aus zwei Bereichen. Der Bereich ch Austausch betreut die binnenstaatlichen und aussereuropäischen Programme im Schul- und Berufsbildungsbereich. Der Bereich ch Agentur ist für die Umsetzung der europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) verantwortlich.

Die ch Stiftung führt seit ihrer Entstehung im Jahre 1993 das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Die KdK fördert die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich und stellt in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicher. Über die KdK können sich die 26 Kantonsregierungen in diesen Fragen gezielt und abgestimmt in die Bundespolitik einbringen. Der gemeinsame Auftritt der Kantonsregierungen dient der Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung im Bund und stärkt die Stellung der Kantone auf Bundesebene. Die KdK befindet sich im Haus der Kantone in Bern. Im Haus der Kantone arbeiten die Sekretariate von verschiedenen interkantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen sowie Institutionen aus deren Umfeld. Die ch Stiftung ist Mieterin des Gebäudes und Betreiberin des Hauses der Kantone und bewirtschaftet insbesondere den Empfang und die multifunktionalen Konferenzräume.

Der Sitz der ch Stiftung verbleibt dagegen in Solothurn. In den Räumlichkeiten an der Dornacherstrasse 28A befinden sich über 50 Arbeitsplätze von insgesamt über 70 Mitarbeitenden.



Zur Förderung des Literaturaustausches zwischen den vier Sprachregionen der Schweiz gibt die ch Stiftung die ch Reihe heraus. Der Schwerpunktbereich der ch Reihe ist die Unterstützung von Übersetzungen ausgewählter Werke von Schweizer Autorinnen und Autoren in die anderen Landessprachen. Neben der Förderung von literarischen Übersetzungen setzt sich die ch Reihe mit verschiedenen kleineren und grösseren Veranstaltungen, Lesungen und Begegnungen für den Brückenschlag über die Kantons-, Sprach- und Kulturgrenzen hinweg ein.

Weitere Dienstleistungen der ch Stiftung sind:

- Die jährlich durchgeführten ch Regierungs-Seminare jeweils anfangs Januar. Diese dreitägige Weiterbildungsveranstaltung richtet sich exklusiv an die Mitglieder der Kantonsregierungen sowie an die kantonalen Staatsschreiber/-innen. Im Rahmen des Seminars werden aktuelle politische Themen und Entwicklungen behandelt und aus Sicht der Kantone beleuchtet.
- Der jährliche Monitoring-Bericht zur Entwicklung des Föderalismus in der Schweiz zu erarbeiten (Bericht «Monitoring Föderalismus»). Die Dokumentation zeigt auf, in welche Richtung sich der schweizerische Föderalismus entwickelt und mit welchen Massnahmen er gestärkt werden kann.
- Verschiedene weitere Dienstleistungen zugunsten von interkantonalen Organisationen und Kantonen, insbesondere Übersetzungsdienstleistungen.

7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Nachdem die Teilnehmerzahlen an den Sowieso! Club-Mittagsveranstaltungen stetig gesunken sind, wurde im Berichtsjahr auf eine Fortführung der Anlassreihe vorläufig verzichtet. Die Pause soll dazu dienen, im Sinne einer Standortbestimmung die Bedürfnisse der Zielgruppe, den Kadermitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung, abzuklären um allenfalls eine Neupositionierung der Anlassreihe vornehmen zu können. Hingegen wurde die Sowieso!-Kerngruppe durch zwei Vertreter der jüngeren Generation verstärkt. Dies erfolgte nicht zuletzt auch im Hinblick auf die für das Jahr 2012 geplante, zweite U 25-Tagung, die nach ihrem Erfolg im Jahre 2010 in einer abgeänderten Form wiederum durchgeführt werden soll.

8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen

Nachdem die Mittel der «Solothurner Stiftung 1981/1991» erschöpft waren, wurde der aus den Restkrediten der 500 Jahr-Feier «Solothurn in der Eidgenossenschaft» und «700 Jahre Eidgenossenschaft» geäußerte Fonds liquidiert. Zukünftig wird der Lotteriefonds im Rahmen der bisherigen Zweckbestimmung Beiträge leisten.

9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).

10. Politische Rechte

10.1 Volkswahlen

23. Oktober 2011 Nationalratswahlen

Gewählt wurden Pirmin Bischof (CVP), Roland Borer (SVP), Kurt Fluri (FDP.Die Liberalen), Philipp Hadorn (SP), Bea Heim (SP), Stefan Müller-Altermatt (CVP), Walter Wobmann (SVP)

Anstelle des im 2. Wahlgang in den Ständerat gewählten Pirmin Bischof (CVP) rückte Urs Schläfli (CVP) nach.

23. Oktober 2011 Ständeratswahlen

Gewählt wurde Roberto Zanetti (SP) mit 44'808 Stimmen. Pirmin Bischof (CVP) erhielt 41'533, Kurt Fluri (FDP.Die Liberalen) erhielt 29'401, Walter Wobmann (SVP) erhielt 25'360, Barbara Banga-Schaad (TPS) erhielt 5'764 Stimmen.

4. Dezember 2011 2. Wahlgang Ständeratswahlen

Gewählt wurde Pirmin Bischof (CVP) mit 31'829 Stimmen. Kurt Fluri (FDP.Die Liberalen) erhielt 23'440, Peter Brudermann (parteilos) erhielt 6'844 Stimmen.

10.2 Volksinitiativen

Keine

10.3 Standesinitiativen

Keine



10.4 Referenden

Keine

10.5 Volksaufträge

12. Januar 2011 VA «Genügend Ressourcen für die integrative Schulung in der Volksschule»

1. April 2011 VA «Keine höheren Eigenleistungen der Pflege im Heim»

10.6 Petitionen

7. April 2011 Resolution betreffend Verhinderung der Schliessung und Betriebseinstellung der Papierfabrik Biberist

10.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen

2011	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
23. Februar	Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» (Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2012, BBI 2010 6553)	48,8	29'204	54'161

Kantonale Abstimmungen

2011	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
23. Februar	Volksinitiative «Familienfreundliche Tagesstrukturen» in den Solothurner Gemeinden	47,8	25'715	55'070
	Volksinitiative «für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien»	47,9	33'460	47'555
	Neubau eines Parkhauses für das Kantonsspital Olten: Bewilligung des Verpflichtungskredites	47,8	56'795	23'055

10.8 Kantonale Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 6 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 1).

Titel	Departement/Amt
Änderung des Spitalgesetzes	Departement des Innern Gesundheitsamt
Einführungsgesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht (EG Stiftungsaufsicht)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht
Änderung von Gesundheitserlassen	Departement des Innern Gesundheitsamt
Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst BJD
Anpassung im Staatshaftungsrecht; Änderung des Verantwortlichkeitsgesetzes und des Spitalgesetzes	Staatskanzlei Legistik und Justiz
Änderung der Kantonalen Bauverordnung (KBV)	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst BJD



Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	RE 10	VA 11	RE 11
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'901,3	1'858,4	1'918,2
Aufwand (ohne Abschreibungen und a.o. Aufwände)	-1'732,6	-1'765,2	-1'803,6
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	168,7	93,2	114,6
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-39,9	-41,9	-48,1
Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	-49,3	-52,6	-47,3
Operatives Ergebnis	+79,5	-1,3	+19,3
+ a.o. Aufwand/Ertrag			
Gesamtergebnis	+79,5	-1,3	+19,3

Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)			
Ausgaben	173,6	212,9	195,2
Rückstellungen für Verpflichtungen (GB-Reserven)	-2,2		
Einnahmen	-60,0	-74,0	-61,6
Nettoinvestitionen	111,4	138,9	133,6

Finanzierung (in Mio. Fr.)			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow ohne a.o. Aufwände/Erträge)	168,7	93,2	114,6
– Nettoinvestitionen	-111,4	-138,9	-133,6
Operatives Finanzierungsergebnis	+57,2	-45,7	+19,0
Effektives Finanzierungsergebnis	+57,2	-45,7	+19,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	151%	67%	86%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	151%	67%	86%

Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung ist um 20,6 Mio. Fr. besser ausgefallen als budgetiert. Mit einem operativen Ertragsüberschuss von 19,3 Mio. Fr. kann ein weiteres gutes Jahr abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich jedoch der operative Ertragsüberschuss um 60,2 Mio. Fr..



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2011

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr. zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2011 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
1) Bundesanteile	7,7
2) Amtschreibereien	4,9
3) Steuerertrag	4,2
4) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	2,5
5) Vermögenserträge	2,2
	21,5

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
6) Volksschulen	9,3
7) Zinsendienst	4,4
8) Betriebskosten-/Defizitbeiträge Sonderschulheime	3,8
9) Fachhochschule Nordwestschweiz	3,5
10) GB «Berufsschulbildung»	3,2
11) Ergänzungsleistungen Familien	3,1
12) GB «öffentlicher Verkehr»	2,9
13) Justizverwaltung	2,0
	32,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 13 Positionen:	53,7

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
14) Kindergarten (Rechnungsabgrenzung Subventionen)	9,6
15) Ergänzungsleistungen AHV/IV	6,3
16) Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6,2
17) Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	4,9
18) Individuelle Prämienverbilligung KVG	4,3
19) Soziale Institutionen	4,0
20) Bildung von Rückstellungen Globalbudgetreserven	3,8
21) GB «Energiefachstelle»	3,3
	42,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 8 Positionen:	42,4

Die oben aufgeführten 21 Positionen (+11,3 Mio. Fr.) vermögen rund die Hälfte der Verbesserung des operativen Ergebnisses von 20,6 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu erklären. Die restliche Verbesserung ist insbesondere auf die sehr guten Rechnungsabchlüsse der Globalbudgets zurückzuführen.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio.Fr.
1) Bildungs- und Allgemeine Bauten	5,5
2) Kantonsstrassenbau	5,5
3) Wasserschutzbauten	2,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	13,6
Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio.Fr.
4) Spitalbauten	7,5
5) Informatik	2,4
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 2 Positionen	9,9

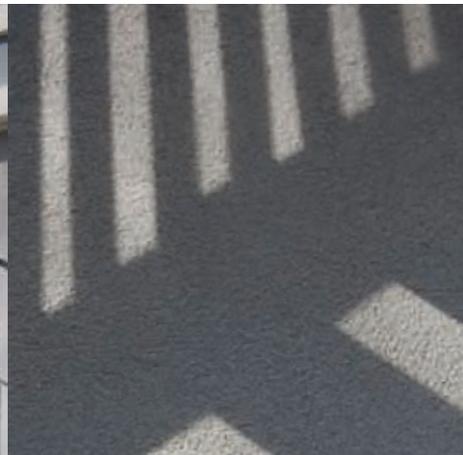
Die oben aufgeführten 5 Positionen (-3,7 Mio. Fr.) vermögen 70% der Reduktion der Nettoinvestitionen von 5,3 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2010 und Rechnung 2011

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr. zwischen der Rechnung 2010 und der Rechnung 2011 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio.Fr.
1) Bundesanteile	9,3
2) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	7,5
3) Amtschreibereien	3,6
	20,4
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung)	in Mio.Fr.
4) Betriebsbeitrag an die soH	8,9
5) GB «öffentliche Sicherheit»	7,2
6) Zinsendienst	6,9
7) Soziale Institutionen	5,9
8) GB «Berufsschulbildung»	4,7
	33,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 8 Positionen	54,0



Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Fr.
9) Steuerertrag	23,7
	23,7

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
10) Staatsbeitrag an den Finanzausgleich (inkl. Fusionsbeiträge)	15,6
11) Ergänzungsleistungen AHV/IV	14,2
12) Kindergarten (Rechnungsabgrenzung Subventionen)	10,0
13) Abschreibungen Verwaltungsvermögen	8,5
14) GB «Justizvollzug»	6,3
15) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	5,5
16) Sozialleistungen (inkl. Korrektur von 2,9 Mio. Fr. aus dem Vorjahr)	4,4
17) GB «öffentlicher Verkehr»	3,9
18) GB «Energiefachstelle»	3,8
19) Volksschulen	2,9
20) Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,6
21) Schulgelder	2,5
22) Umwelt (Globalbudget inkl. Finanzgrösse Wasserwirtschaft)	2,1
23) Spitalbehandlungen gemäss KVG	2,1
	84,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 15 Positionen	108,1

Die oben aufgeführten 23 Positionen (-54,1 Mio. Fr.) vermögen die Verschlechterung des operativen Ergebnisses von 60,2 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2010 zu 90% zu erklären.

1.2.2 Investitionsrechnung

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Allgemeine und Bildungsbauten	7,4
2) Spitalbauten	7,0
3) Öffentlicher Verkehr	4,2
4) Wasserschutzbauten	2,7
5) Informatik	2,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 5 Positionen	23,7

Die oben aufgeführten 5 Positionen (+23,7 Mio. Fr.) und verschiedene kleinere Reduktionen führten zu höheren Nettoinvestitionen 2011 von 22,2 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2010.



1.3 Finanzkennzahlen 2007 – 2011

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2007 bis 2011.

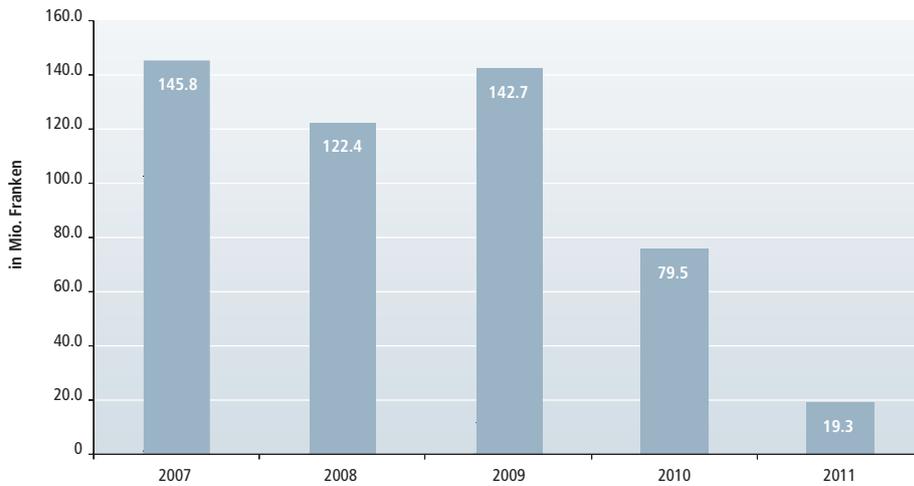
Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2007	2008	2009	2010	2011
Cash Flow	244,9	195,4	219,6	168,7	114,6
- Abschreibungen	-99,1	-73,0	-76,8	-89,2	-95,3
Operatives Ergebnis ER	+145,8	+122,4	+142,7	+79,5	+19,3
+ Bilanzbereinigung					
+ a.o. Erträge/Aufwände	-69,1		+49,2		
Gesamtergebnis	+76,7	+122,4	+191,9	+79,5	+19,3
Nettoinvestitionen	110,0	103,3	109,9	111,4	133,6
Operatives Finanzierungsergebnis	+134,9	+92,1	+109,6	+57,2	-19,0
Effektives Finanzierungsergebnis	+134,9	+92,1	+158,8	+57,2	-19,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	223%	189%	200%	151%	86%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	223%	189%	244%	151%	86%
Gesamtabschreibungssatz	43,0% ¹	21,5%	20,5%	21,6%	20,8%
Nettoverschuldung	265,5	173,3	14,6	-42,7	-23,8
Dito, in Fr. pro Einwohner	1'050	680	60	-170	-90
Nettozinsaufwand total	110,4	12,0	-4,5	-7,6	-11,4
Dito, in % der Staatssteuern	1,3%	1,6%	-0,6%	-1,0%	-1,5%
Eigenkapital	158,4	280,9	472,8	552,3	571,6
EinwohnerInnen per Ende Jahr	253'023	254'414	255'667	256'888	257'700

1) Inkl. a.o. Abschreibungen (sonst 25,3%)

Der operative Cash Flow (ohne a.o. Erträge) liegt mit 114,6 Mio. Fr. um 54,1 Mio. Fr. unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2010: 168,7 Mio. Fr.).

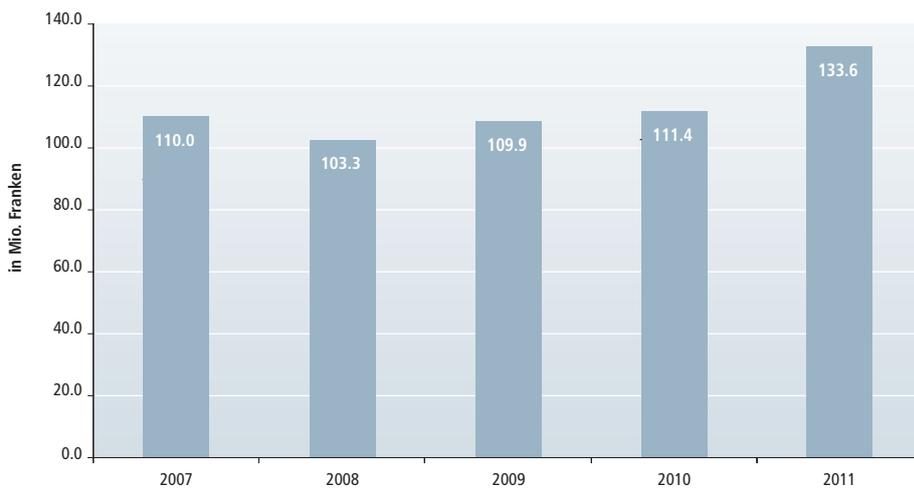


Operatives Ergebnis (Ertragsüberschuss) in Mio. Fr.



Seit 2003 schlossen die Rechnungen stets mit einem operativen Ertragsüberschuss ab. Diese Tendenz setzt sich erfreulicherweise 2011 auf deutlich tieferem Niveau fort.

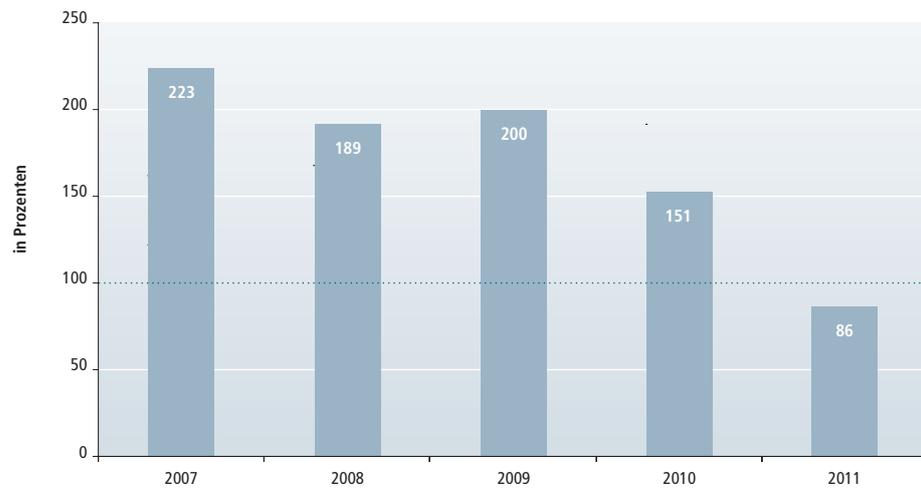
Nettoinvestitionen in Mio. Fr.



Mit Nettoinvestitionen von 133,6 Mio. Fr. liegt das Investitionsniveau 2011 über dem Durchschnitt der letzten Jahre.

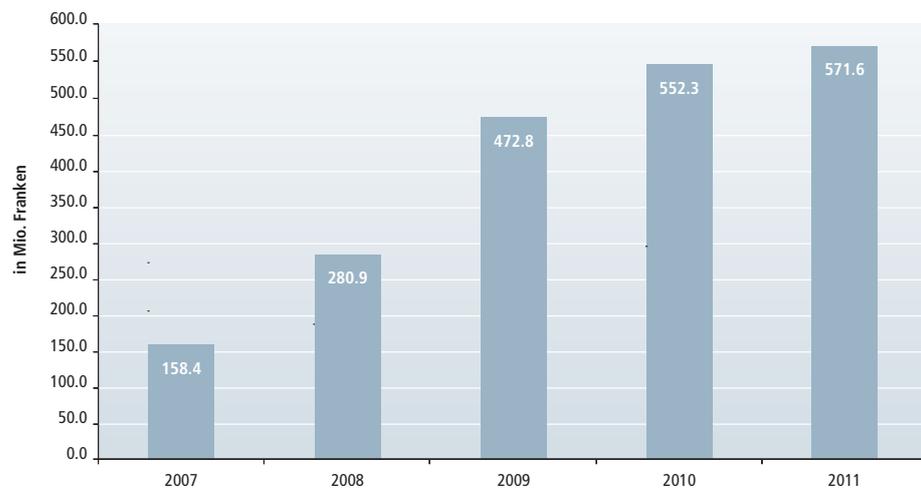


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



Aufgrund der gesteigerten Investitionstätigkeit ergibt sich erstmals seit Jahren wieder ein operativer Selbstfinanzierungsgrad von unter 100%. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 86% werden die Investitionen nicht vollständig aus den selbst erarbeiteten Mitteln finanziert und es kommt zu einer leichten Abnahme des Nettovermögens.

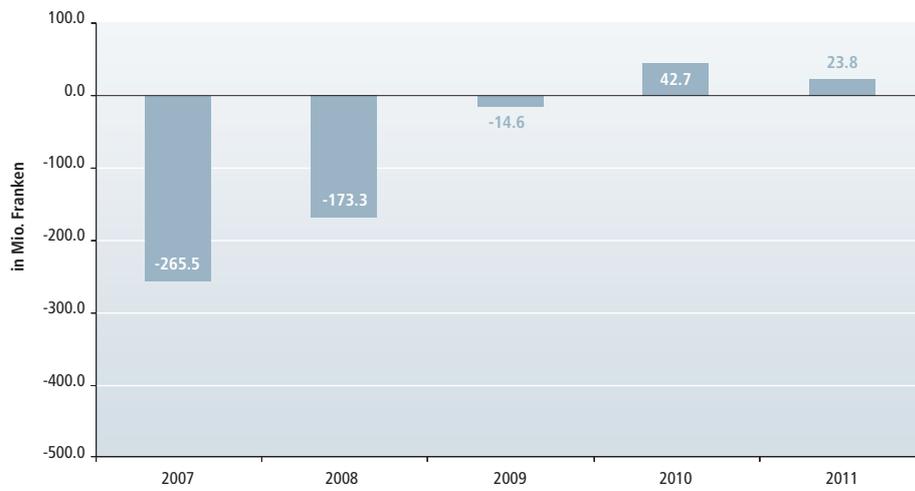
Eigenkapital in Mio. Fr.



Das Eigenkapital, welches erstmals 2005 entstanden ist, konnte mit dem Rechnungsabschluss 2011 weiter erhöht werden. Per 31. Dezember 2011 weist die Staatsbilanz ein Eigenkapital von 571,6 Mio. Fr. aus.



Nettoverschuldung in Mio. Fr.



Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 86% (Finanzierungsfehlbetrag von 19,0 Mio. Fr.) sinkt im Berichtsjahr 2011 das Nettovermögen von 42,7 Mio. Fr. auf neu noch 23,8 Mio. Fr.. Das Nettovermögen pro Einwohner beläuft sich per Ende 2011 auf rund 90 Fr. (Vorjahr: 170 Fr.).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	5,5	5,6	5,6	0
Ertrag	-0,4	-0,5	-0,4	0,1
Verrechnungen	-1,5	-1,5	-1,6	-0,1
Saldo	3,6	3,6	3,6	0

Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	11,0	12,8	12,2	-0,6
Ertrag	-3,3	-2,9	-3,5	-0,6
Verrechnungen	-5,9	-6,1	-5,7	0,4
Saldo	1,8	3,8	3,0	-0,8

Mehrerträge im Lehrmittel- und Drucksachenverkauf sowie Minderaufwendungen in der Abteilung Logistik und Justiz führten im Berichtsjahr 2011 gegenüber dem Budget zu einer Saldoverbesserung in der Höhe von 0,8 Mio. Fr..

Gegenüber der Rechnung 2010 resultiert eine Aufwandsteigerung von 1,2 Mio. Fr.. Dies entspricht exakt dem Aufwand der neuen Abteilung Logistik und Justiz, welche durch den Transfer des Rechtsdienstes Justiz vom Bau- und Justizdepartement in die Staatskanzlei per 1.1.2011 entstanden ist.



Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	223,9	233,5	222,1	-11,4
Ertrag	-109,5	-118,1	-111,1	-7,1
Verrechnungen	-82,6	-78,9	-82,5	-3,7
Saldo	31,8	36,6	28,5	-8,1

Die grössten Budgetabweichungen im Bereich der allgemeinen Mittel ergeben sich aus dem Mehraufwand Gebäudeunterhalt/Wartung des Hochbauamtes von 1,6 Mio. Fr. und den Budgetunterschreitungen bei den Besoldungen von 0,9 Mio. Fr., bei den Beiträgen an Gemeinden von 1,2 Mio. Fr. und bei den Beiträgen an die konzessionierten Transportunternehmen von 1,3 Mio. Fr.. Der Minderaufwand im Bereich des Strassenbaufonds ist auf die niedrigeren Abschreibungen der Strassenbauten von 5,4 Mio. Fr., auf den Minderaufwand beim baulichen Strassenunterhalt von 1,5 Mio. Fr. und den tieferen Beiträgen an die Gemeinden von 3,0 Mio. Fr. zurückzuführen.

Der Ertrag im Bereich der allgemeinen Mittel schliesst um 5,9 Mio. Fr. besser ab als budgetiert. Der Mehrertrag ist insbesondere auf zusätzlich realisierte Buchgewinne von 2,6 Mio. Fr. im Rahmen von Landverkäufen, aus den Mehrerträgen aus Gebühren, Bussen und Geldstrafen im Bereich der Staatsanwaltschaft von 1,9 Mio. Fr. und den höheren Beiträgen von Gemeinden von 1,1 Mio. Fr. zurückzuführen. Im Bereich des Strassenbaufonds fiel der Ertrag um rund 13,4 Mio. Fr. tiefer aus als geplant und ist vor allem auf die tiefere Entnahme von 15,0 Mio. Fr. aus der Spezialfinanzierung zurückzuführen.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	428,5	454,8	452,4	-2,4
Ertrag	-49,3	-44,2	-49,4	-5,2
Verrechnungen	26,9	26,2	26,6	0,3
Saldo	406,2	436,9	429,6	-7,3

Das Budget wurde um 7,3 Mio. Fr. oder 1,7% unterschritten.

Der Mehrertrag ist hauptsächlich durch höhere Erträge an den kantonalen Schulen (0,9 Mio. Fr. Mittelschulen, 2,3 Mio. Fr. Berufsbildungszentren) sowie bei den Schulgeldern (höhere Bundesbeiträge an Berufsbildung und höhere Berufsbildung sowie Beiträge der Gemeinden an progymnasialen Unterricht) zu erklären.

Der Mehraufwand gegenüber der Rechnung 2010 von 23,9 Mio. Fr. ist u.a. auf die Systemumstellung von der Nachgangs- zur Gegenwartssubventionierung bei den Beiträgen an Kindergärten und Musikschulen (Rechnungsabgrenzung 15 Mio. Fr.), den Schulversuch Spezielle Förderung als Folge des kantonsrätlichen Vetos (2,1 Mio. Fr.) und im Sonderschulbereich als Folge der Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA) und des Heilpädagogischen Konzeptes (5,5 Mio. Fr.) zurückzuführen.



Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	164,8	158,1	164,9	6,8
Ertrag	-1'278,4	-1'237,7	-1'263,6	-25,9
Verrechnungen	-3,5	-10,1	-7,3	2,8
Saldo	-1'117,1	-1'089,6	-1'106,0	-16,3

Die Verbesserung gegenüber dem Budget von 16,3 Mio. Fr. liegt hauptsächlich bei den Mehrerträgen bei den Staatssteuern (+7,8 Mio. Fr.) und den Bundesanteilen (+7,4 Mio. Fr.).

Im Vergleich zur Rechnung 2010 sind vor allem bei den Bundesanteilen Mehreinnahmen (+9,0 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat insbesondere beim Ertrag der Staatssteuern Juristische Personen Spuren hinterlassen und zu Mindereinnahmen von 33,5 Mio. Fr. geführt.

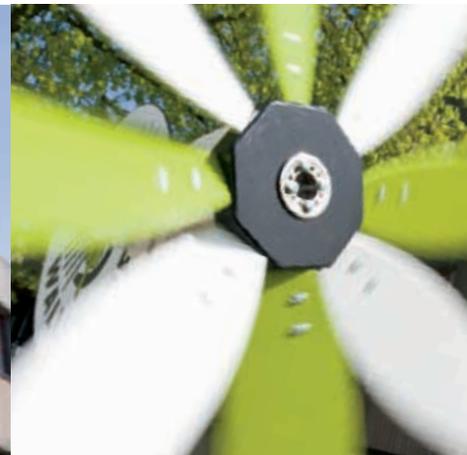
Auf der Aufwandseite fiel dank eines günstigen Zinsumfeldes und der Abnahme des Fremdkapitals eine tiefere Zinslast an.

Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	783,4	777,8	809,6	31,8
Ertrag	-327,5	-325,8	-349,8	-23,9
Verrechnungen	68,8	69,0	70,1	1,0
Saldo	524,7	521,0	529,9	8,9

Das Budget ist um 8,9 Mio. Fr. überschritten worden. Hauptgründe sind Mehraufwände bei den Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen (+7,0 Mio. Fr.) und bei den Taggeldern für den Straf- und Massnahmenvollzug (+4,9 Mio. Fr.). Minderaufwände von 1,7 Mio. Fr. ergaben sich insbesondere im Amt für Justizvollzug dank höherer Auslastung der Justizvollzugsanstalten.

Die Rechnung 2011 schliesst um 5,2 Mio. Fr. über dem Vorjahr ab. Um 8,8 Mio. Fr. tiefere Aufwendungen sind bei der Solothurner Spitäler AG zu verzeichnen (Betriebsbeiträge +2,2 Mio. Fr., Wegfall von Rückstellungen in die Pensionskasse -11 Mio. Fr.). Erhöhungen gibt es bei den Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen (+10,2 Mio. Fr.), den Spitalbehandlungen gemäss KVG (+2,1 Mio. Fr.) sowie bei den Taggeldern Straf- und Massnahmenvollzug (+2,7 Mio. Fr.).



Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	181,9	194,0	208,9	14,9
Ertrag	-127,7	-123,7	-135,8	-12,1
Verrechnungen	-4,8	-1,4	-2,4	-1,0
Saldo	49,4	68,8	70,6	1,8

Das Ergebnis, leicht schlechter als budgetiert, ergibt sich aufgrund der guten Abschlüsse der einzelnen Dienststellen, welche jedoch den negativen Abschluss des Globalbudgets «Energiefachstelle» und die Vergleichszahlung an den Sicherheitsfonds BVG nicht ganz kompensieren konnten.

Das Globalbudget Energiefachstelle schliesst um 3,3 Mio. Fr. schlechter ab als budgetiert. Dies im Wesentlichen aufgrund einer Erhöhung der Rückstellung für die noch nicht ausbezahlten Beiträge (2,7 Mio. Fr.) und eines markant tieferen Beitrags des Bundes (0,5 Mio. Fr.).

Zur Erledigung der Regressforderung des Sicherheitsfonds BVG aus Verantwortlichkeit ist im Rahmen eines Vergleichs ein Schadenersatz von 0,9 Mio. Fr. plus 0,6 Mio. Fr. Zinsen bezahlt worden. Es ging um Handlungen der damaligen Stiftungsaufsicht in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre. Dieser ausserordentliche Aufwand war nicht budgetiert und wird als finanzielle Grösse ausgewiesen.

Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das Volkswirtschaftsdepartement saldoneutralen Durchlaufposten «Finanzausgleich Kirchgemeinden» (Mehraufwand 3,3 Mio. Fr.; Mehrertrag 2,4 Mio. Fr. und höhere Zuweisung über interne Verrechnungen 0,9 Mio. Fr.), sowie in der Energiefachstelle bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen aus der CO₂-Abgabe (+5,9 Mio. Fr.) und beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz bei durchlaufenden Bundesbeiträgen für Sirenen und Schutzraumbauten (+0,6 Mio. Fr.).

Gerichte

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Aufwand	22,9	23,0	23,3	0,3
Ertrag	-5,2	-5,4	-4,7	0,7
Verrechnungen	2,4	2,6	2,9	0,3
Saldo	20,1	20,2	21,4	1,2

Die Kostensteigerung von 0,3 Mio. Fr. ist zum grossen Teil verursacht durch Mehrkosten im Bereich der amtlichen Verteidigung und der Entschädigungen an Freigesprochene (0,7 Mio. Fr.). Etwas gemildert wurden die Kostenüberschreitungen durch tiefere Lohnkosten. Der Minderertrag wurde durch die neue Verbuchungspraxis (Verbuchung erst bei Rechtskraft) verursacht. Dieser Effekt stellt sich nur im ersten Jahr ein und sollte 2012 nicht mehr auftreten. Abgesehen davon sind aber bei den Erträgen gewisse Schwankungen unvermeidlich, da die gerichtlichen Einnahmen vom Prozessanfall und (vor allem im Strafbereich) vom Prozessausgang abhängen.



1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Ausgaben	148,6	191,8	170,6	-21,1
Einnahmen	-51,7	-68,2	-53,9	14,2
Nettoinvestitionen	96,9	123,6	116,7	-6,9

Es wurden netto rund 70,7 Mio. Fr. in das Verwaltungsvermögen des Kantons investiert. Die Nettoinvestitionen fielen insgesamt rund 1,4 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert. Bei den Hochbauten fielen die Nettoinvestitionen um 1,7 Mio. Fr. höher aus als budgetiert (Fachhochschule Olten -1,7 Mio. Fr., Justizvollzugsanstalt «Im Schache» -1,8 Mio. Fr., Kleinprojekte Beginn 2010 -1,3 Mio. Fr., Kleinprojekte Beginn 2011 -3,7 Mio. Fr., Kantonsspital Olten +6,3 Mio. Fr. und Planbarer Unterhalt +3,9 Mio. Fr.). Verzögerungen beim 2. Teil der vorgezogenen Hochwasserschutzmassnahmen an der Aare und das später als erwartet begonnene Vorhaben der Wasserbauplanung 2011 ergeben Minderausgaben von 2,1 Mio. Fr. im Amt für Umwelt. Infolge personeller Engpässe konnten im Projekt RADAV (amtliche Vermessung) 0,7 Mio. Fr. weniger als geplant abgerechnet werden.

Die Nettoinvestitionen im Strassenbau betragen 46,0 Mio. Fr. und fielen rund 5,5 Mio. Fr. tiefer aus als geplant. Die Budgetunterschreitung hängt in erster Linie mit dem Projekt Entlastung Region Olten (ERO) zusammen. Während in einigen Baulosen der Kostenvoranschlag nicht ausgeschöpft werden musste, führten Terminverzögerungen bei den Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen infolge einer Submissionsbeschwerde zu tieferen Ausgaben (-4,3 Mio. Fr.) im Jahr 2011. Ausserhalb der ERO konnte zudem die Sanierung des Strassenviaduktes in Wangen b.O. unter dem Kostenvoranschlag (-0,4 Mio. Fr.) abgerechnet werden. Die Kredite für Kleinprojekte unter 3 Mio. Fr. wurden insgesamt um 0,8 Mio. Fr. unterschritten.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Ausgaben	2,5	2,0	2,4	0,4
Einnahmen	-1,8	-1,5	-1,8	-0,3
Nettoinvestitionen	0,6	0,5	0,6	0,1

Die Zunahme der Nettoausgaben und Nettoeinnahmen in der Rechnung ist hauptsächlich auf Investitionsbeiträge an Ausbildungszentren für überbetriebliche Kurse zurückzuführen. Die Ausgaben werden vollständig über die Bundesbeiträge finanziert.



Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Ausgaben	7,1	9,1	11,5	2,4
Einnahmen	-0,2	0	-1,5	-1,5
Nettoinvestitionen	6,9	9,1	10,0	0,9

Das Amt für Informatik und Organisation hatte im Projektbereich einen um 2,4 Mio. Fr. grösseren Finanzbedarf als budgetiert. Die höheren Ausgaben sind begründet durch die Einführung der neuen Büroautomations- und Kommunikationsumgebung mit Office und Exchange/Outlook 2010. Das Projekt und die notwendigen Mittel dazu wurden mit Nachtragskredit im März 2011 durch den Kantonsrat bewilligt.

Die Investitionseinnahmen von 1,5 Mio. Fr. ergaben sich aus der Teilrückzahlung der Beteiligung der Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW) AG.

Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Ausgaben	4,0	2,1	2,4	0,3
Einnahmen	-1,1	0	0	0
Nettoinvestitionen	2,9	2,1	2,4	0,3

Die Investitionsrechnung bleibt mit Nettoausgaben von 2,4 Mio. Fr. um 0,3 Mio. Fr. über dem Voranschlag. Der Grund liegt bei Projekten der Polizei aus dem Jahre 2010, die erst 2011 abgeschlossen werden konnten.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE10	VA11	RE11	Diff. 11
Ausgaben	9,3	7,9	8,2	0,3
Einnahmen	-5,2	-4,3	-4,4	-0,1
Nettoinvestitionen	4,1	3,6	3,8	0,2

Innerhalb des Finanzausgleichs Einwohnergemeinden wurden an Schulbauten Investitionsbeiträge von 0,55 Mio. Fr. anstelle der budgetierten 0,25 Mio. Fr. ausbezahlt. Für Waldwegerschliessungen und Waldwegsanierungen wurden 0,1 Mio. Fr. anstelle der budgetierten 0,3 Mio. Fr. abgerechnet.

1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Fr.)	RE10	VA11	RE11	Diff. RE/VA11	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	682,2	699,8	715,6	15,8	2,3
Dienstleistungen der Staatskanzlei	5'547,7	7'328,1	6'750,0	-578,1	-7,9
Drucksachen und Lehrmittel	2'144,8	2'626,6	1'939,3	-687,3	-26,2
Führungsunterstützung BJD	3'887,4	2'716,7	2'748,4	31,7	1,2
Raumplanung	2'808,4	3'021,3	2'788,6	-232,7	-7,7
Hochbau	29'432,6	28'576,3	29'466,9	890,6	3,1
Strassenbau	30'833,8	32'536,8	29'991,4	-2'545,4	-7,8
Öffentlicher Verkehr	32'290,5	35'304,2	32'435,9	-2'868,3	-8,1
Umwelt	-230,5	12'677,2	11'784,4	-892,8	-7,0
Denkmalpflege und Archäologie	2'926,7	2'801,8	2'754,4	-47,4	-1,7
Geoinformationen	1'474,7	1'702,0	1'391,6	-310,4	-18,2
Jugendanwaltschaft	5'842,7	5'987,8	6'380,6	392,8	6,6
Staatsanwaltschaft	4'158,1	4'870,1	3'484,8	-1'385,3	-28,4
Führungsunterstützung DBK	10'442,3	11'099,8	10'116,1	-983,7	-8,9
Volksschulen und Kindergarten	15'223,2	14'739,5	15'241,1	501,6	3,4
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	7'161,3	7'489,0	6'850,2	-638,8	-8,5
Kultur und Sport	6'483,1	6'561,6	6'481,6	-80,0	-1,2
Mittelschulbildung	38'933,5	40'549,8	40'066,4	-483,4	-1,2
Fachhochschulbildung	34'588,6	35'137,0	33'049,0	-2'088,0	-5,9
Berufsschulbildung	38'361,3	38'335,6	35'201,8	-3'133,8	-8,2
Führungsunterstützung FD und Amtsschreibereiaufsicht	1'574,0	1'672,6	1'524,6	-148,0	-8,8
Finanzen und Statistik	546,7	1'272,3	561,3	-711,0	-55,9
Personalwesen	3'804,6	4'622,2	3'491,0	-1'131,2	-24,5
Steuerwesen	13'723,1	13'781,9	14'027,5	245,6	1,8
Informationstechnologie	8'767,5	10'205,8	9'825,6	-380,2	-3,7
Dienstleistungen der Amtsschreiberei	-9'302,6	-7'928,8	-13'209,4	-5'280,6	66,6
Staatsaufsichtswesen	911,3	953,9	911,5	-42,4	-4,4
Gesundheit	5'728,0	6'061,0	5'708,8	-352,2	-5,8
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	232'150,0	223'290,0	223'290,0	0,0	0,0
Soziale Sicherheit	7'870,0	8'370,2	8'064,0	-306,2	-3,7
Öffentliche Sicherheit	7'211,9	850,5	957,2	106,7	12,5
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-1'405,8	-2'026,1	-1'864,2	161,9	-8,0
Justizvollzug	3'438,6	10'725,6	8'780,5	-1'945,1	-18,1
Polizei	48'608,4	48'801,9	48'782,5	-19,4	0,0



Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'391,0	1'594,8	1'418,9	-175,9	-11,0
Wirtschaft und Arbeit	8'424,1	8'331,5	8'328,1	-3,4	0,0
Energiefachstelle	2'477,9	2'935,4	6'255,2	3'319,8	113,1 ¹
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'600,2	3'358,7	2'242,1	-1'116,6	-33,2
Wald, Jagd und Fischerei	3'011,6	3'340,1	2'937,7	-402,4	-12,0
Landwirtschaft	8'747,1	9'362,9	8'774,6	-588,3	-6,3
Militär und Bevölkerungsschutz	6'763,2	7'227,6	7'018,3	-209,3	-2,9
Gerichte	17'795,8	14'189,8	14'441,1	251,3	1,8
Total Aufwandüberschuss	647'829	665'755	641'905	-23'850	-3,6
Total Aufwandüberschuss (ohne SF)	618'401	635'244	613'778	-21'466	-3,4

1) Inkl. Bildung von Rückstellungen von 3,0 Mio. Fr. für Verpflichtungen Energieförderprogramm

1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierung (in 1'000 Fr.)	RE10	VA11	RE11	Diff. RE/VA11	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder der RR	997,5	1'013,3	925,1	-88,2	-8,7
Natur- und Heimatschutz	4'534,3	5'052,3	4'478,1	-574,2	-11,4
Strassenbaufonds	100'066,0	106'375,7	98'232,1	-8'143,5	-7,7
Altlastenfonds	1'080,8	1'000,0	358,3	-641,7	-64,2
Abwasserfonds	3'231,4	5'000,0	2'220,1	-2'779,9	-55,6
Entsorgungsfonds	54,0	75,0	53,1	-21,9	-29,2
Deponienachsorgefonds	187,5	60,0	141,7	81,7	136,2
Unfallkasse	77,3	78,5	61,0	-17,5	-22,2
Krankentaggeldversicherung GAV	1'170,1	1'603,3	1'676,6	73,3	4,6
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden	15'361,3	30'435,0	30'732,3	297,3	1,0 ¹
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	14'189,2	10'544,0	14'272,2	3'728,2	35,4
Forstfonds	577,6	640,0	496,9	-143,1	-22,4
Jagd- und Fischereifonds	1'105,0	1'111,6	1'148,3	36,7	3,3
Tierseuchenkasse	1'227,6	1'266,3	979,9	-286,4	-22,6
Total Bruttoentnahmen	143'859,5	164'254,9	155'775,7	-8'479,2	-5,2

1) Erhöhung des Staatsbeitrages um 15 Mio. Fr. für die Übergangfinanzierung im Finanzausgleich EG (ab 1.1.2011)

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2011

Gemäss den Angaben des SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft resultierte für das Gesamtjahr 2011 eine Zunahme des realen Bruttoinlandproduktes um 1,8%. In der Schweiz hat sich die bis Mitte Jahr noch solide Konjunktur im Herbst deutlich abgekühlt. Belastet durch das verschlechterte Konjunkturmilieu in der EU sowie des immer noch hoch bewerteten Frankens verlor die Schweizer Wirtschaft spürbar an Fahrt. Am Arbeitsmarkt zeigten sich im Herbst 2011 erste Anzeichen für eine negative konjunkturbedingte Wende. Im Oktober und November nahm die Arbeitslosigkeit (auf saisonbereinigter Basis) erstmals seit zwei Jahren wieder leicht zu. Die bereits geringe Inflationstendenz schwächte sich im Herbst weiter ab. Die durchschnittliche Jahreststeuerung im 2011 betrug 0,3%.

Staatssteuer

Es wurde eine Staatssteuer von 104% erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 11,9 Mio. Fr. (Vorjahr: 11,2 Mio. Fr.) sowie der Ertrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,5 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,9 Mio. Fr.) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 0,9 Mio. Fr. (Vorjahr: 1,0 Mio. Fr.) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2010 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung für 2011 verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 0,7% auf der Basis der im Jahre 2010 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2011 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 23. August 2010 (RRB Nr. 2010/1522) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten betragen rund 4,9 Mio. Fr..

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen sind mit 10% auf dem Verwaltungsvermögen (48,1 Mio. Fr.) und 100% auf den Spezialfinanzierungen (47,3 Mio. Fr.) in der Rechnung enthalten. Die Investitionsbeiträge werden seit dem 1.1.2008 in der Investitionsrechnung aktiviert, jedoch gleichzeitig in der Erfolgsrechnung zu 100% abgeschrieben.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende Rückstellungen gebildet oder erhöht:

- Verpflichtung Energieförderprogramm 3 Mio. Fr.: Die mit einer provisorischen Beitragszusage in Aussicht gestellten Förderbeiträge wurden in den Vorjahren zu 50% zurückgestellt. Da in der Vergangenheit deutlich mehr als 50% dieser Förderbeiträge auch ausgelöst wurden, wird in der Rechnung 2011 die Rückstellung auf 80% erhöht.
- Für nicht beanspruchte Globalbudgetkredite in der Erfolgsrechnung wurden die Rückstellungen um 2,1 Mio. Fr. auf neu 16,5 Mio. Fr. erhöht.

Mit dem Rechnungsabschluss wurden folgende Rückstellungen vermindert oder aufgelöst:

- Aufgrund der Schlussabrechnung der Kantonalen Pensionskasse Solothurn konnte die Rückstellung von 56,0 Mio. Fr. für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz aufgelöst werden.
- Die Rückstellung für die Fachhochschule Nordwestschweiz von 1,0 Mio. Fr. Reservenübertrag wurde zugunsten des Kontokorrentkontos Fachhochschule aufgelöst. Das beim Amt für Finanzen geführte Konto ist damit ausgeglichen.
- Ebenfalls wurde die Rückstellung von 2,6 Mio. Fr. für die Ertragsausfälle von Bund und Kantonen (SGB 101/2010 vom 2.11.2010) aufgelöst. Der Betrag wurde im August 2011 der Fachhochschule überwiesen.
- Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben konnten um 2,5 Mio. Fr. auf neu 34,0 Mio. Fr. gesenkt werden.
- Die zurückgestellte Entschädigung der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV) infolge eines Brandes im Therapiezentrum «im Schache» von 1,1 Mio. Fr. aus dem Jahre 2007 wurde zugunsten des Neubauprojektes Justizvollzugsanstalt im Schache aufgelöst.

Per saldo reduzierten sich die Rückstellungen von 141,2 Mio. Fr. per 31. Dezember 2010 um 57,8 Mio. Fr. auf 83,4 Mio. Fr. per 31. Dezember 2011.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2011 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2011 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003, WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2011 enthält eine Lohnerhöhung von 0,7%. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 2,3 Mio. Fr. (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind. Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

Departement	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'691'800	2'711'390	19'590	0,7
Staatskanzlei	4'267'265	4'019'191	-248'074	-5,8
Bau und Justiz	40'917'737	39'404'748	-1'512'989	-3,7
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	70'128'999	75'568'449	5'439'450	7,8
– Verwaltungspersonal	30'632'262	26'531'702	-4'100'560	-13,4
Finanz	50'369'497	49'771'924	-597'572	-1,2
Inneres	91'482'738	90'341'745	-1'140'993	-1,3
Volkswirtschaft	33'595'423	33'636'426	41'003	0,1
Gerichte				
– Richter	5'070'531	4'612'425	-458'106	-9,0
– Verwaltungspersonal	9'490'051	9'567'351	77'300	0,8
Total Besoldungen	338'646'303	336'165'353	-2'480'950	-0,7

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 2,5 Mio. Fr. oder 0,7%, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- Der Minderaufwand von 5,8% bei der Staatskanzlei ist auf die geringere Anzahl Rechtspraktikanten und temporär reduzierte Personalressourcen beim Datenschutz zurückzuführen.
- Der «ausgetrocknete Markt» für Fachspezialisten im Bereich Projektleitung und Verkehrstechnik wie auch im Bereich Baumanagement führte im Amt für Verkehr und Tiefbau und im Hochbauamt zu Vakanzen. Weiter führten Anstellungen von Personal in vergleichsweise tiefen Erfahrungsstufen bei der Jugendanwaltschaft und bei der Staatsanwaltschaft zu einem gegenüber der Planung tieferen Personalaufwand.
- Der Mehraufwand bei den Lehrkräften und der Minderaufwand beim Verwaltungspersonal ist darauf zurückzuführen, dass die Lehrkräfte am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (BZ-GS) in der Vergangenheit unter Verwaltung ausgewiesen waren. Das wurde im 2011 geändert. Der weitere Anstieg bei den Lehrkräften ist vorwiegend auf den Schulversuch Spezielle Förderung zurückzuführen.



- Der Minderaufwand im Departement des Innern resultiert aus tieferen Lohnkosten bei der Polizei (-0,5 Mio. Fr.) sowie beim Amt für Justizvollzug (-0,5 Mio. Fr.).
- Der Minderaufwand bei den Richterlöhnen ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr weniger Amtsrichter und weniger Obergerichtssuppleanten eingesetzt werden mussten. Dies erklärt sich zum einen dadurch, dass der Sondereffort der Staatsanwaltschaft zwecks Pendenzenabbau des Jahres 2010 im Berichtsjahr nicht mehr im selben Ausmass spürbar war. Zum andern brachte die Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen im Zivilbereich eine Verzögerung im Anfall der Geschäftslast mit sich. Dieser Verzögerungseffekt war anfangs Jahr deutlich ausgeprägt; mit fortschreitender Zeit pendelten sich die Eingänge aber auf den «courant normal» ein.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2010/Rechnung 2011

Departement	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'718'198	2'711'390	-6'808	-0,2
Staatskanzlei	3'097'655	4'019'191	921'536	29,7
Bau und Justiz	39'171'621	39'404'748	233'127	0,6
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	71'398'480	75'568'449	4'169'969	5,8
– Verwaltungspersonal	29'276'174	26'531'702	-2'744'472	-9,4
Finanz	49'262'404	49'771'924	509'520	1,0
Inneres	88'439'963	90'341'745	1'901'782	2,1
Volkswirtschaft	34'447'760	33'636'426	-811'334	-2,4
Gerichte				
– Richter	4'727'574	4'612'425	-115'149	-2,4
– Verwaltungspersonal	9'312'863	9'567'351	254'488	2,7
Total Besoldungen	331'852'692	336'165'353	4'312'661	1,3

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 4,3 Mio. Fr. oder 1,3%. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die gewährte Lohnerhöhung per 1.1.2011 von 0,7% und die Stufenanstiege zurückzuführen.

- Die Erhöhung des Besoldungsaufwands bei der Staatskanzlei um 29,7% ist eine Folge des Transfers des Rechtsdienstes Justiz vom Bau- und Justizdepartement in die Staatskanzlei.
- Der Mehraufwand bei den Lehrkräften und der Minderaufwand beim Verwaltungspersonal ist darauf zurückzuführen, dass die Lehrkräfte am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (BZ-GS) in der Vergangenheit unter Verwaltung ausgewiesen waren. Das wurde im 2011 geändert. Der weitere Anstieg Lehrkräfte ist vorwiegend auf den Schulversuch Spezielle Förderung sowie die Auszahlung von Überpensen an Lehrkräfte der Kantonsschule Solothurn zurückzuführen.

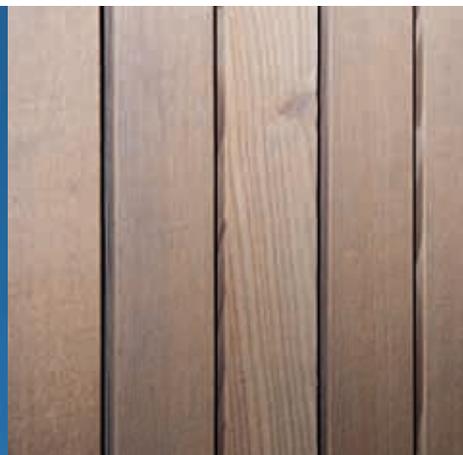


- Hauptgründe für die Zunahme um 1,9 Mio. Fr. im Departement des Innern sind höhere Personalkosten im Amt für Justizvollzug (Schaffung des Amtes, Straf- und Massnahmenvollzug (+0,7 Mio. Fr.), im Bereich der Administrativmassnahmen der Motorfahrzeugkontrolle (0,3 Mio. Fr.) sowie Mehraufwände bei der Polizei aufgrund der neuen Strafprozessordnung und von Stufenanstiegen (+0,6 Mio. Fr.).
- Der Minderaufwand im Volkswirtschaftsdepartement resultiert aus dem Abbau im Bereich Arbeitsmarkt (RAV) und Arbeitslosenkasse. Die Besoldungskosten im Bereich Arbeitsmarkt und Arbeitslosenkasse werden vollumfänglich vom Bund getragen und sind für den Kanton saldoneutral.
- Der Minderaufwand bei den Richterlöhnen ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr weniger Amtsrichter und weniger Obergerichtssuppleanten eingesetzt werden mussten. Der Minderaufwand fiel allerdings etwas weniger deutlich aus, da ab dem Jahr 2011 ein zusätzlicher Haftrichter zu besolden war. Beim Verwaltungspersonal wurde der Mehraufwand verursacht durch die im Rahmen des Globalbudgets bewilligten Aufstockungen (2,5 Gerichtschreiberstellen). Er wurde daneben vermindert durch sogenannte «Mutationsgewinne».

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.2010	31.12.2011	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3,5	3,8	0,3	7,1%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	20,6	26,2	5,6	27,2%
Drucksachen / Lehrmittel	6,9	7,0	0,1	1,4%
Total Behörden/ Staatskanzlei	31,0	37,0	6,0	19,2%
Führungsunterstützung BJD	17,9	14,8	-3,1	-17,3%
Raumplanung	17,1	18,6	1,5	8,8%
Hochbau (exkl. Hauswarte + Raumpflegepersonal)	26,4	28,5	2,1	8,0%
Strassenbau	118,2	121,2	3,0	2,5%
Öffentlicher Verkehr	3,0	3,0	0,0	0,0%
Umwelt	52,5	54,4	1,9	3,6%
Denkmalpflege und Archäologie	11,2	12,3	1,1	9,8%
Geoinformationen	8,7	9,7	1,0	11,5%
Jugendanwaltschaft	7,5	8,4	0,9	12,0%
Staatsanwaltschaft	60,4	57,0	-3,4	-5,6%
Total Bau- und Justizdepartement	322,9	327,9	5,0	1,5%



Führungsunterstützung DBK	14,8	14,0	-0,8	-5,4%
Volksschulen und Kindergarten	45,5	50,9	5,4	11,9%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	38,8	38,1	-0,7	-1,8%
Kultur und Sport	18,1	17,5	-0,6	-3,3%
Mittelschulbildung	284,1	290,3	6,2	2,2%
Berufsschulbildung	317,8	314,1	-3,7	-1,2%
Total Departement Bildung und Kultur	719,1	724,9	5,8	0,8%
Führungsunterstützung FD und				
Amtschreibereiaufsicht	10,4	10,2	-0,2	-1,9%
Finanzen und Statistik	16,4	16,6	0,2	1,2%
Personalwesen	17,3	14,7	-2,6	-15,0%
Steuerwesen	186,2	185,0	-1,2	-0,6%
Informationstechnologie	42,6	44,9	2,3	5,4%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	174,8	178,4	3,6	2,1%
Staatsaufsichtswesen	5,6	6,6	1,0	17,9%
Total Finanzdepartement	453,3	456,4	3,1	0,7%
Gesundheit	35,4	35,4	0,0	0,0%
Soziale Sicherheit	60,4	60,2	-0,2	-0,3%
Öffentliche Sicherheit	101,5	50,7	-50,8	-50,0%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	96,7	97,4	0,7	0,7%
Justizvollzug	100,7	151,5	50,8	50,4%
Polizei	480,4	481,6	1,2	0,2%
Total Departement des Innern	875,1	876,8	1,7	0,2%
Führungsunterstützung VWD	10,1	10,1	0,0	0,0%
Wirtschaft und Arbeit	162,3	138,7	-23,6	-14,5%
Energiefachstelle	3,9	4,7	0,8	20,5%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	32,5	33,5	1,0	3,1%
Wald, Jagd und Fischerei	15,0	14,3	-0,7	-4,7%
Landwirtschaft	61,7	61,4	-0,3	-0,5%
Militär und Bevölkerungsschutz	37,0	37,0	0,0	0,0%
Total Volkswirtschaftsdepartement	322,5	299,7	-22,8	-7,1%
Gerichte	108,0	109,8	1,8	1,7%
Total Gerichte	108,0	109,8	1,8	1,7%
Total Globalbudgets	2'831,9	2'832,5	0,6	0,0%

- Der Pensenzuwachs in der Staatskanzlei von 5,6 Vollzeitstellen ist folgendermassen begründet: +3,2 Pensen Transfer Rechtsdienst Justiz vom Bau- und Justizdepartement, +1,5 Pensen neu zugewiesene Aufgabenbereiche (Leitung E-Government und IT-Koordination, juristische Fallbearbeitung Staatshaftung Spitalbereich), +0,3 Pensen Datenschutz, +0,6 Pensen Wiederbesetzung Vakanzen.
- Die ausgewiesene Pensenreduktion von 17,3% in der Führungsunterstützung Bau- und Justizdepartement ist auf den Transfer des Rechtsdienstes Justiz in die Staatskanzlei gemäss Reorganisations-RRB 2010/1773 zurückzuführen.



- Im Amt für Geoinformation ist der Pensenanstieg von 11,5% auf die Besetzung einer Vakanz zurückzuführen.
- Der Pensenanstieg von 12,0% in der Jugendanwaltschaft ist auf die Personalaufstockung um 90 Stellenprozente im Zusammenhang mit der Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung und der Jugendstrafprozessordnung im Jahr 2011 zurückzuführen.
- Mit SGB 171/2009 vom 8.12.2009 wurden für das Amt für Volksschule und Kindergarten 50,7 Vollzeitstellen, inkl. Neuausrichtung des Amtes, bewilligt und per 31.12.2011 mit Verzögerung erreicht. Der Bestand betrug am 31.12.2011 50,9 Vollzeitstellen, wurde also um 0,2 Vollzeitstellen oder 0,4% überschritten. Abwesenheiten infolge diverser Mutterschaftsurlaube mussten aufgefangen werden.
- Die Pensenreduktion im Personalamt ist auf den Wegfall der Aushilfen infolge Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub von Mitarbeiterinnen sowie auf vertragliche Pensenänderungen und Vakanzen zurückzuführen.
- Die Verschiebung der Produktgruppe «Freiheitsentzug und Betreuung» (Untersuchungsgefängnisse, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe) führte zu einer entsprechenden Pensenverschiebung vom GB «öffentliche Sicherheit» zum GB «Justizvollzug».
- Der Pensenabbau im Globalbudget Wirtschaft und Arbeit resultiert aus dem Abbau im Bereich Arbeitsmarkt (RAV) und Arbeitslosenkasse.
- In der Energiefachstelle erfolgte der Pensenaufbau im Rahmen des Budgets. Die Energiefachstelle hat somit den bei ihrem Start festgelegten Pensenstand von 5,5 praktisch erreicht.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 68,8 Mio. Fr. (Vorjahr 67,3 Mio. Fr.). Das sind 20,5% der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,3%).

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

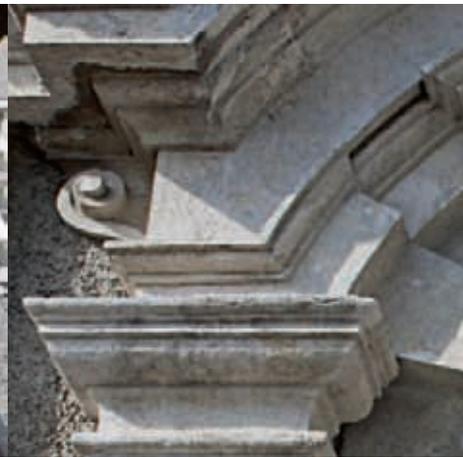
Die folgende Tabelle orientiert über den Netto-Aufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volksschulen	Mittelschulen	Berufsschulen	Fachschule	Universitäten	Total
2007	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
2008	162'517	49'963	46'705	82'126 ¹	27'396	368'707
2009	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
2010	179'077	50'741	49'875 ²	30'489 ³	29'055	339'237
2011	201'942	51'615	46'408	31'581	30'056	361'602

1) Inkl. Bildung einer Rückstellung von 48,4 Mio Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschlüssen SGB 229/2004 vom 4.5.2005 und SGB 090/2009 vom 23.6.2009.

2) Inkl. Bildung einer Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn für die beabsichtigte Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel (RRB Nr. 2010/705 vom 20.4.2010).

3) Inkl. Auflösung der Rückstellung von 4,1 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse Solothurn.



Gegenüber dem Vorjahr ist der Schulbereich um 22,4 Mio. Fr. angestiegen. Die Abweichungen in den einzelnen Sparten sind vor allem auf Folgendes zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand von 22,9 Mio. Fr. insbesondere zurückzuführen auf: Die Systemumstellung von der Nachgangs- auf die Gegenwartssubventionierung bei den Beiträgen an Kindergärten und Musikschulen (Rechnungsabgrenzung 15,0 Mio. Fr.), den Schulversuch Spezielle Förderung als Folge des kantonsrätlichen Vetos (2.1 Mio. Fr.) und den Sonderschulbereich als Folge der Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA) und des Heilpädagogischen Konzeptes (5,5 Mio. Fr.).
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Anstieg von 0,9 Mio. Fr. hauptsächlich auf tiefere Beiträge von Gemeinden als Folge der Sek I Reform zurückzuführen.
- Im Bereich der Berufsschulen beruht der Minderaufwand von 3,5 Mio. Fr. hauptsächlich auf der im 2010 gebildeten Rückstellung von 3,8 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Privatisierung und Fusion der Höheren Fachschulen Technik in Grenchen und Biel. Der Kantonsrat hat mit SGB 207/2011 der Übertragung des Betriebs zugestimmt.
- Bei der Fachhochschule ist ein Anstieg von 1,1 Mio. Fr. feststellbar. Einerseits führen die vom Kantonsrat mit SGB 053a/2011 am 22.6.2011 beschlossenen «Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen» zu einem Mehraufwand. Andererseits wurde die Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn aufgelöst.
- Bei den Universitäten ist der Mehraufwand von 1,1 Mio. Fr. auf mehr Studierende zurückzuführen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	2007	2008	2009	2010	2011
Fremdkapital ¹	1'337,2	1'133,3	1'021,9	924,7	815,5
Spezialfinanzierungen (netto)	33,6	46,4	55,0	34,3	17,7
Total fremde Mittel	1'370,8	1'179,7	1'076,9	959,0	833,2
./. Finanzvermögen	1'105,2	1'006,4	1'062,3	1'001,7	857,0
Nettoverschuldung²	265,6	173,3	14,6	-42,7	-23,8

1) Ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2011 total 71,8 Mio. Fr.).

2) Minus (-) ergibt ein Nettovermögen.



3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2007 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	2007	2008	2009	2010	2011
Passivzinsen	36,9	34,6	27,2	22,6	15,9
Vermögenserträge ¹	26,5	22,6	31,7	30,2	27,3
Nettozinsaufwand	10,4	12,0	-4,5	-7,6	-11,4
Total Staatssteuern	814,5	762,9	797,0	794,7	772,6
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	1,3	1,6	-0,6	-1,0	-1,5

1) Exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2011 wird ein Nettozinsbetrag von 11,4 Mio. Fr. ausgewiesen (2010: Nettozinsbetrag 7,6 Mio. Fr.). Dies entspricht einer Verbesserung von 3,8 Mio. Fr.. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf den Rückgang der langfristigen Schulden und den dadurch tieferen Zinskosten zurückzuführen.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

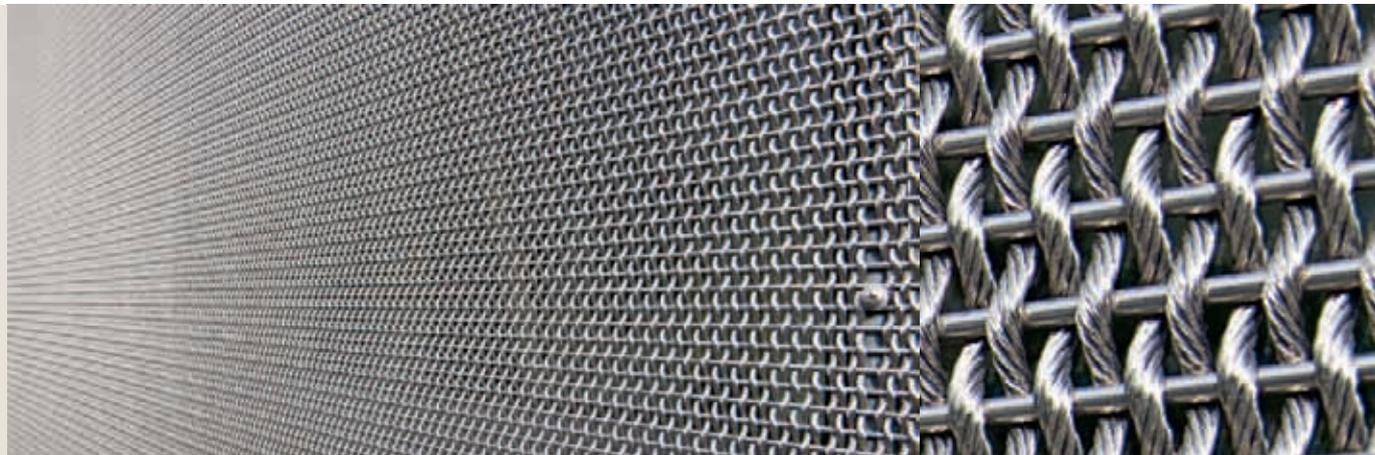
Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2011, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2011 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Fr.	2010	2011
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	301,1	327,7
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	63,0	83,0
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	364,1	410,7
Ordentliche Abschreibungen	36,4	41,1
Restbuchwert per 31. Dezember	327,7	369,6

In der Staatsrechnung 2011 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 48,1 Mio. Fr. vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Abschreibungen von 10% auf Verwaltungsvermögen	41,1
Abschreibungen für Wertberichtigungen öffentl. Verkehr 2011	7,0
Total ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	48,1

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten, usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 47,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 52,4 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.



Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2011	410,7
+ abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2011	47,3
= Total abzuschreibende Aktiven	458,0
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	48,1
+ Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	47,3
= Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungsgrösse	95,4
Gesamtabschreibungssatz (in%) = (95,4 Mio. Fr. x 100) / 485,0 Mio. Fr.	20,8%

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 20,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 21,0 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justiz-administration (2,8 Mio. Fr.), Gerichten (1,4 Mio. Fr.), Amt für soziale Sicherheit (0,5 Mio. Fr.) und Motorfahrzeugkontrolle (0,2 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 14,7 Mio. Fr.:

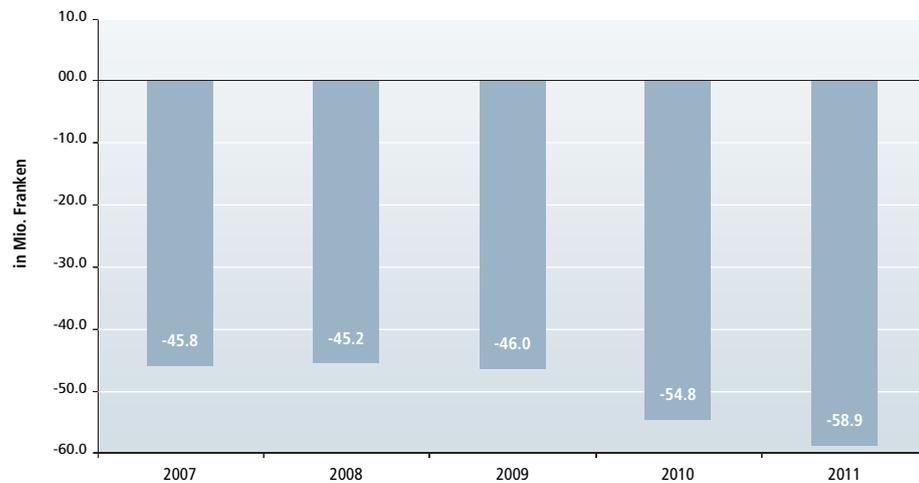
	Mio. Fr.
Erlassene Staatssteuern Natürliche Personen	0,8
Uneinbringliche Staatssteuern Natürliche Personen	14,7
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristische Personen	0,6
Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,1
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	1,0
Rückstellung Steuerausstände	-2,5
Total	14,7

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 1,9% des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit unter dem Vorjahr (2010: 2,1%).



3.5 Strassenbaufonds in Mio. Fr.

- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital

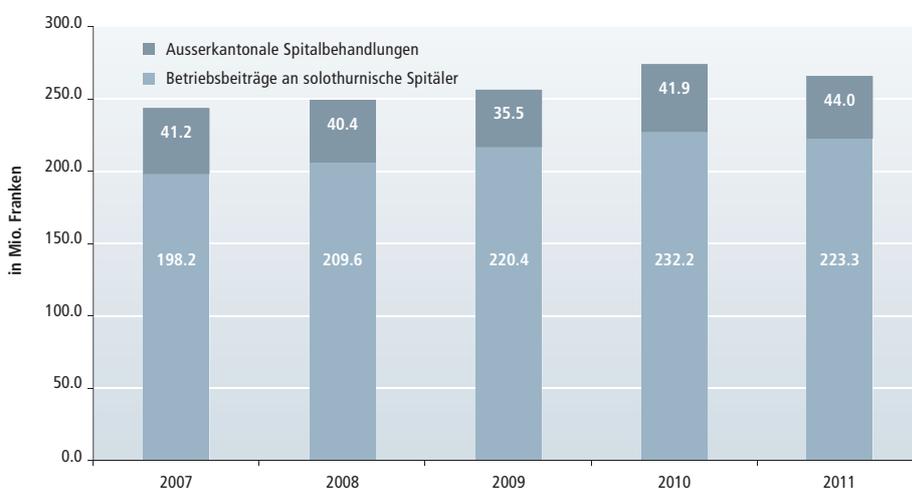


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» gedeckt. Aufgrund der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Baufortschritt im Projekt «Entlastung Region Olten» (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2011 um weitere 4,1 Mio. Fr. zu. Die Fondsverschuldung steigt per Ende Jahr von 54,8 Mio. Fr. auf 58,9 Mio. Fr. an. Der Strassenbaufonds ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist per 31.12.2011 ein Eigenkapital von 31,8 Mio. Fr. aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten 90,7 Mio. Fr..



3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen

Spitalkosten inner- und ausserkantonale in Mio. Fr.



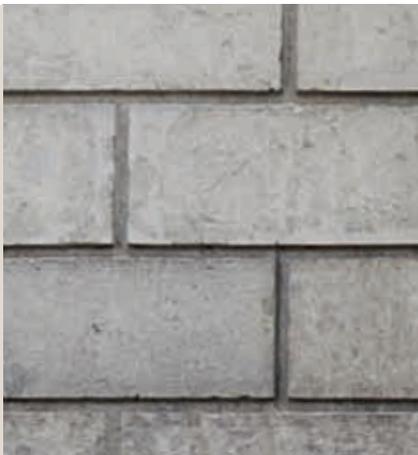
Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen, wie budgetiert, netto 44 Mio. Fr. und liegen aufgrund mehr erhaltener Rechnungen um 2,1 Mio. Fr. über der Rechnung 2010 (41,9 Mio. Fr.).

An die Solothurner Spitäler AG (soH) ist, wie budgetiert, ein Betriebsbeitrag von 223,3 Mio. Fr. überwiesen worden. Der Beitrag liegt um 2,2 Mio. über dem Beitrag 2010. Gesamthaft betragen die innerkantonalen Spitalbehandlungen 8,8 Mio. Fr. weniger als 2010. Der Grund liegt in den Rückstellungen in die Pensionskasse von 11 Mio. Fr. im Jahr 2010.

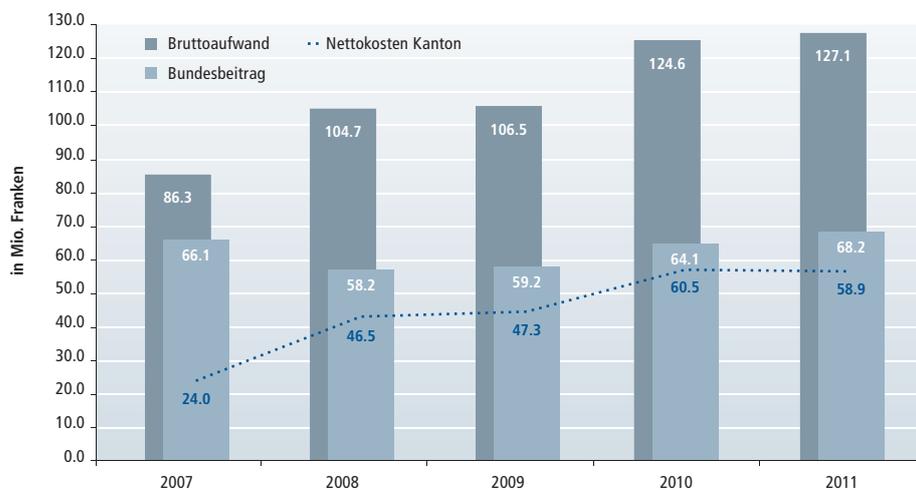
3.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2011 einschliesslich Globalbudget 399 Mio. Fr.. Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 214,9 Mio. Fr. gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 184,1 Mio. Fr. ergibt.

- Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention beträgt 0,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 0,6 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 0,4 Mio. Fr.).
- Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 24,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 20 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 29,5 Mio. Fr.) für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten.
- Der Nettoaufwand für Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen beträgt 177,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 170,6 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 165,4 Mio. Fr.). Die grössten Positionen sind die Individuelle Prämienverbilligungen nach KVG und die Ergänzungsleistungen AHV und IV.



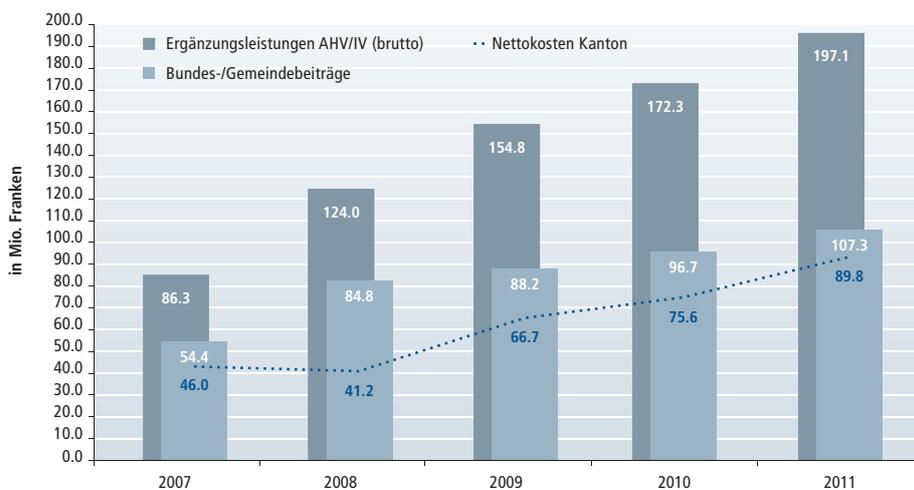
Prämienverbilligung nach KVG in Mio. Fr.



Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden 127,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 124,6 Mio. Fr.) aufgewendet. Der Bundesbeitrag an den Aufwand betrug 68,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 64,1 Mio. Fr.), aus dem Ausgleichskonto IPV (Individuelle Prämienverbilligung) wurden 4,3 Mio. Fr. entnommen (daraus ergibt sich ein Negativsaldo von 2,3 Mio. Fr.). Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 54,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 51,3 Mio. Fr.). Die Verwaltungskosten IPV betragen 2 Mio. Fr..



Ergänzungsleistungen AHV/IV in Mio. Fr.



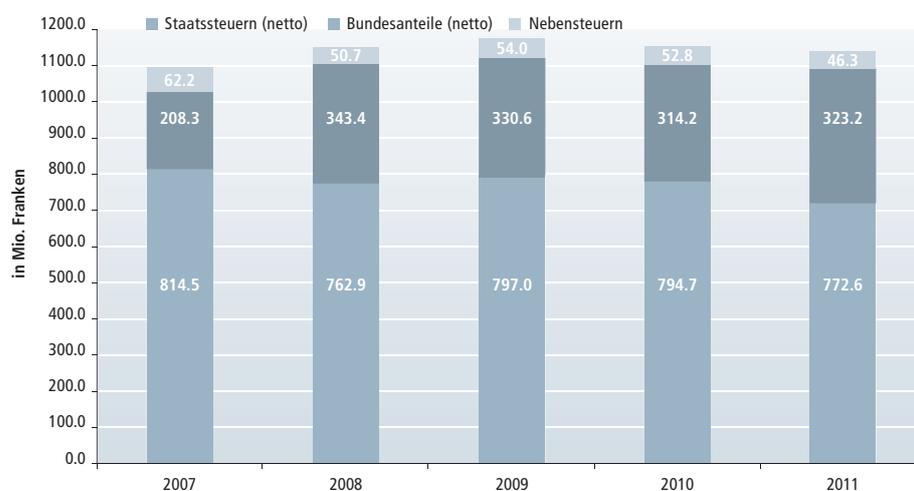
Aus Ergänzungsleistungen zur AHV mit einem Aufwand von 91,9 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 59,4 Mio. Fr. bleibt für den Kanton ein Saldo von 32,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 27 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 27,5 Mio. Fr.) zu tragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 0,9 Mio. Fr.. Aus Ergänzungsleistungen zur IV mit einem Aufwand von 105,2 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 47,9 Mio. Fr. bleibt für den Kanton ein Saldo von 57,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 56,5 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 48,1 Mio. Fr.) zu tragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 0,7 Mio. Fr..

Der Nettoertrag für soziale Notlagen beträgt 2,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2011: 2 Mio. Fr.; Rechnung 2010: 0 Mio. Fr.). Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen (0,5 Mio. Fr.) sowie die Asylrechnung ausgewiesen. In der Asylrechnung steht dem Aufwand (inkl. Verrechnungen) von 26,8 Mio. Fr. ein Ertrag von 29,3 Mio. Fr. gegenüber. Zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Bereich Asylbetreuung wurden 3 Mio. Fr. (Kanton: 2 Mio. Fr., Einwohnergemeinden: 1 Mio. Fr.) aufgewendet.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Fr.

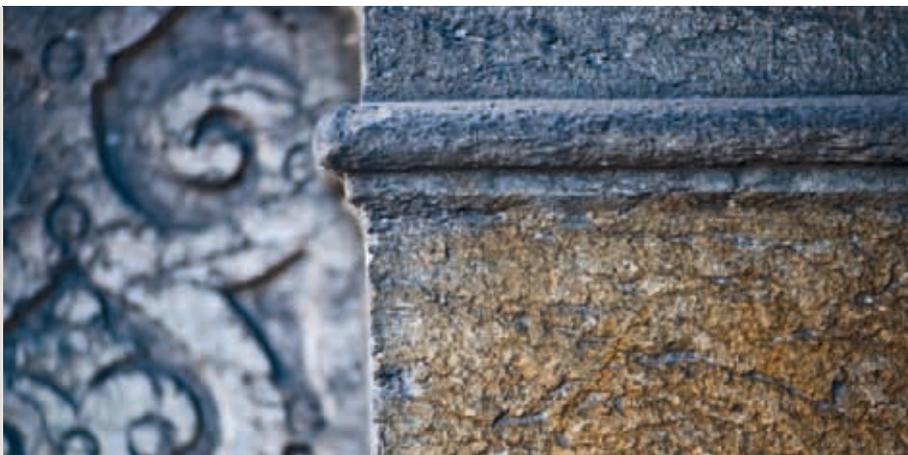


Der Rückgang der wichtigsten Erträge um 19,6 Mio. Fr. oder 1,7% gegenüber dem Vorjahr ist auf die Mindererträge bei den Staatssteuern (insbesondere bei den juristischen Personen) und den Nebensteuern zurückzuführen. Seit 2009 ist der Gesamtertrag rückläufig und der Ertrag 2011 von 1'142,1 Mio. Fr. bewegt sich in der Höhe des Jahres 2008.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 323,2 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 315,8 Mio. Fr. per saldo um 7,4 Mio. Fr. übertroffen. Vor allem die Erträge bei der direkten Bundessteuer (+4,8 Mio. Fr.) und aus der Verrechnungssteuer (+3,1 Mio. Fr.) fielen deutlich höher aus als angenommen.

Die Zunahme der Bundesanteile gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Mio. Fr. ist insbesondere auf die Erhöhung beim NFA-Ressourcenausgleich (+6,5 Mio. Fr.) sowie dem Anteil an der Direkten Bundessteuer (+2,4 Mio. Fr.) zurückzuführen. Aufgrund der NFA wird der Allg. Treibstoffzollanteil seit dem 1.1.2008 zu 100% dem Strassenbaufonds zugewiesen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	2007	2008	2009	2010	2011
– Ertrag Nationalbank	57,7	54,6	54,5	54,2	53,9
– Direkte Bundessteuer	49,7	55,3	53,9	57,4	59,8
– Verrechnungssteuer	14,8	21,0	14,1	15,1	15,6
– Finanzausgleichsbeitrag ¹	79,4	3,8	-	-	-
– NFA-Ressourcenausgleich	-	212,3	211,6	190,9	197,4
– NFA-Härteausgleich	-	-4,1	-4,1	-4,1	-4,1
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,5	0,5	0,6	0,4	0,4
– Allg. Treibstoffzollanteil ²	6,3	-	-	-	-
– Rückerstattung CO ₂ -Abgabe ³	-	-	-	0,4	0,2
Total	208,3	343,4	330,6	314,2	323,2

1) Der Betrag von 3,8 Mio. Fr. im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach «altem» Recht.

2) Entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil, welcher der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen wurde.

3) Erstmalsige Rückerstattung der CO₂-Abgabe im 2010

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern verteilt sich wie folgt:

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	VA 11	RE 11	Diff. in Fr.	Diff. in%
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	630,0	632,7	+2,7	+0,4
– Staatssteuer jur. Personen ¹	115,0	115,6	+0,6	+0,5
– Finanzausgleichssteuer	11,0	11,9	+0,9	+8,3
– Bussen (Strafsteuer)	1,0	1,3	+0,3	+33,9
– Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,6	+0,1	+8,3
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,3	9,5	+3,2	+50,8
Total	764,8	772,6	+7,8	+1,0

1) Inkl. Erträge aus Vorjahren

2) Inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2011 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt leicht über dem Voranschlag (+7,8 Mio. Fr. oder +1,0%).



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2007–2011:

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	2007	2008	2009	2010	2011
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	599,9	605,3	614,1	622,7	632,7
– Staatssteuer jur. Personen ¹	180,6	133,5	161,0	149,1	115,6
– Finanzausgleichssteuer	17,1	13,6	14,2	14,3	11,9
– Bussen (Strafsteuer)	0,9	1,3	0,2	0,7	1,3
– Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,7	1,6	1,5	1,6
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	14,5	7,5	5,9	6,4	9,5
Total	814,5	762,9	797,0	794,7	772,6

1) Inkl. Erträge aus Vorjahren

2) Inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

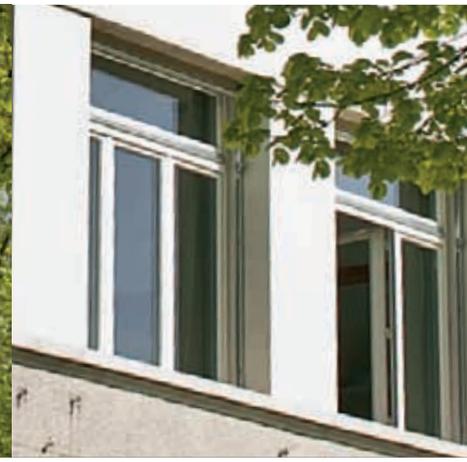
Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Abnahme beim Ertrag der Staatssteuern um 22,1 Mio. Fr. oder 2,8% festzustellen. Insbesondere der Rückgang bei den juristischen Personen um 33,5 Mio. Fr. oder 22,5% ist beträchtlich.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2011 rund 264,0 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 35,6 Mio. Fr. aus den Jahren 1995–2009, 88,4 Mio. Fr. aus dem Jahr 2010 sowie 140,0 Mio. Fr. aus dem Jahr 2011.

Steuerausstand	1.1.2007	222'848'463 Fr.
Steuerausstand	1.1.2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand	1.1.2009	233'140'638 Fr.
Steuerausstand	1.1.2010	256'716'030 Fr.
Steuerausstand	1.1.2011	286'867'453 Fr.
Steuerausstand	31.12.2011	263'973'193 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2011		-22'894'260 Fr.

Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist den juristischen Personen zuzuschreiben.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2011 liegt um 1,5 Mio. Fr. unter dem Budget. Bei der Erbschaftssteuer wurden 2,1 Mio. Fr. weniger vereinnahmt als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	VA 11	RE 11	Diff. in Fr.	Diff. in%
– Handänderungssteuer	25,5	25,9	+0,4	+1,6
– Erbschaftssteuer	15,5	13,4	-2,1	-13,6
– Nachlasssteuer	6,0	6,3	+0,3	+5,6
– Schenkungssteuer	0,8	0,7	-0,1	-13,8
Total	47,8	46,3	-1,5	-3,1

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2007 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Fr.	2007	2008	2009	2010	2011
– Handänderungssteuer	40,9	33,8	35,1	32,0	25,9
– Erbschaftssteuer	14,9	11,5	13,7	14,0	13,4
– Nachlasssteuer	5,3	4,8	4,6	5,0	6,3
– Schenkungssteuer	1,1	0,6	0,6	1,8	0,7
Total	62,2	50,7	54,0	52,8	46,3

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 46,3 Mio. Fr. teilweise deutlich unter den Vorjahren. Die Aufhebung der Handänderungssteuer bei selbst bewohntem Wohneigentum ab 1.1.2011 führte zu einem Ertragsausfall von 6,1 Mio. Fr. gegenüber 2010 und sogar von 15 Mio. Fr. gegenüber dem Jahr 2007.





Bericht der
Revisionsstelle

IV

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4507 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

BLIKANTON
solothurn

Bericht der Revisionsstelle

an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2011

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2011

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2011, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Ergänz- und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudget für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards planen wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2011 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2011 59 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionsstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert, wobei einige Dienststellen die gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 23. Februar 2010 (RRB Nr. 300) gestellten Anforderungen noch nicht vollumfänglich erfüllen.

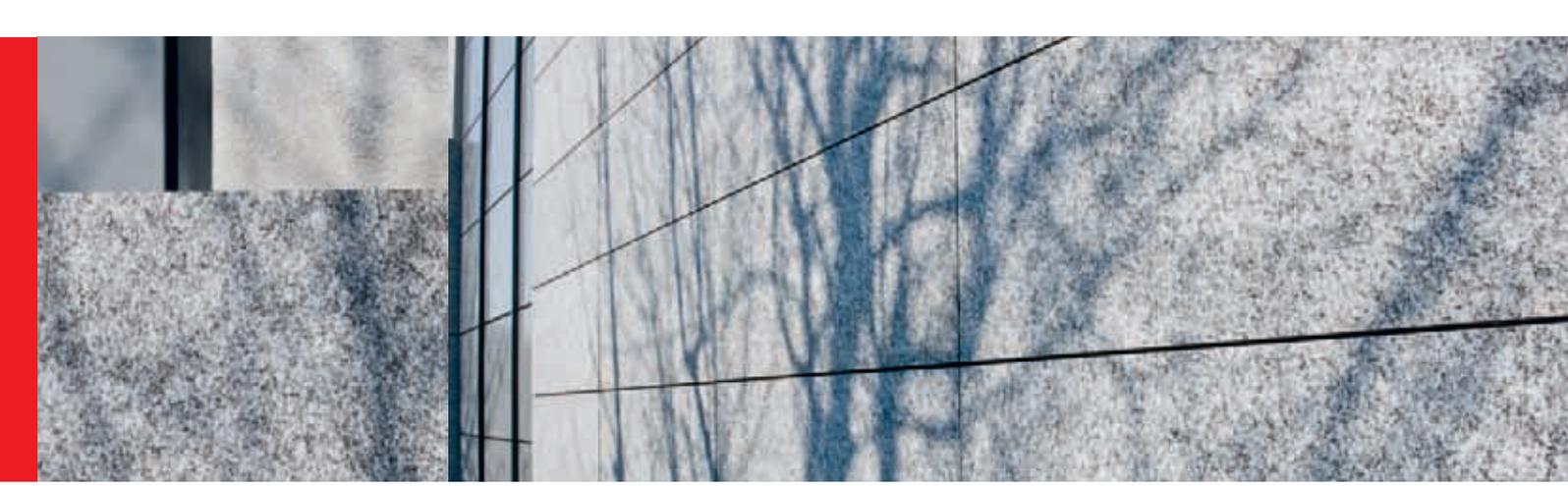
Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Solothurn, 7. März 2012

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch/de/pub/home.htm

afin@fd.so.ch

Lichtkünstler: Gerry Hofstetter, Zürich

Fotos: Strukturen, Markus Daepfen, Solothurn

